

JENS EKKENGA

Anlegerschutz,
Rechnungslegung und
Kapitalmarkt

Jus Privatum

30

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 30



Jens Ekkenga

Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt

Eine vergleichende Studie
zum europäischen, deutschen
und britischen Bilanz-, Gesellschafts-
und Kapitalmarktrecht

Mohr Siebeck

Jens Ekkenga: Geboren 1956; 1984–1994 wiss. Assistent an der Universität Frankfurt; 1990 Promotion; 1995 Habilitation; 1995–1996 Lehrstuhlvertretungen in Dresden, Berlin und Gießen; Wintersemester 1995–1996 Lehrauftrag an der Universität Mannheim; seit 1996 o. Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Gießen.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ekkenga, Jens:

Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt : eine vergleichende Studie zum europäischen, deutschen und britischen Bilanz-, Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht / Jens Ekkenga. –
Tübingen : Mohr Siebeck, 1998

(Jus privatum ; Bd. 30)

ISBN 3-16-146984-4

978-3-16-157877-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1998 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

Vorwort

Die monographische Behandlung aktueller wirtschaftsrechtlicher Themen erfordert nicht nur Ausdauer, sondern vor allem gute Nerven. Vorbei die Zeiten, in denen man darauf vertrauen konnte, daß neugeschaffene Gesetze wenigstens ein paar Jahre unverändert überdauern, bevor sie vom Tempo der Reformvorhaben eingeholt werden. Der durch die Globalisierung der Märkte ausgelöste Anpassungs- und Wettbewerbsdruck läßt die Akteure nicht mehr ruhen. Im Bilanz-, Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht überschlagen sich die Gesetzesnovellen, Anzahl und Inhalte der Fachveröffentlichungen im In- und Ausland sind längst unüberschaubar, die Angebotsvielfalt an den Kapitalmärkten nimmt ständig zu. „Unglaublich rasante Entwicklung(en)“ (*Ebke* WPK-Mitt. Sonderheft 1997, S. 16) und ein „dramatischer Strukturwandel“ (*Schwark* WM 1997, 293) werden nicht erst seit gestern bestaunt. Diskutiert werden sie unter modischen Überschriften wie „Corporate Governance“ oder „Share-/Stakeholder Value“ – auch und gerade mit dem Ziel, auf der Suche nach dem „richtigen“ Anlegerschutz neue Wege zu beschreiten. Im Recht der Rechnungslegung sehen manche gar das „Wetterleuchten einer Revolution“ (*Busse v. Colbe* BFuP 1995, 373) heraufziehen, weil der Gesetzgeber sich anschickt, ausländische Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernbilanzierung pauschal – d.h. auch in ihrer jeweils geltenden Fassung – für das HGB zu rezipieren.

Inmitten dieser von Unwettern und Endzeitstimmung geschüttelten Szenerie ein Buch schreiben heißt manchen Nachteil in Kauf nehmen – zum Beispiel die absehbare Konsequenz, daß vieles schon kurz nach Erscheinen des Werkes veraltet oder obsolet sein wird. Ich habe versucht, dem durch angemessenes Abstrahieren von den Einzelproblemen des Anlegerschutzes Rechnung zu tragen, ohne mich allzu weit von der Perspektive des „Rechtsanwenders“ zu entfernen. Entstanden ist ein kapitalmarktorientiertes Rechnungslegungskonzept, dessen Erfolg nicht zuletzt daran zu messen sein wird, inwieweit es die systematische Ordnung auch künftiger Veränderungen und Innovationen zu erleichtern vermag. Es handelt sich um die überarbeitete und ergänzte Fassung meiner Habilitationsschrift, die dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe – Universität in Frankfurt a.M. im Wintersemester 1994/95 vorgelegen hat. Rechtsprechung und Literatur sind, soweit möglich, bis Anfang 1998 berücksichtigt.

Ohne die großzügige Unterstützung durch das Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (AIW) in Frankfurt a.M., bei dem ich mehrere Jahre beschäftigt war und das mich zuverlässig mit den neuesten in- und ausländi-

schen Quellen versorgt hat, wäre die Anfertigung der Arbeit nicht möglich gewesen. Mein verehrter Lehrer *Hans-Joachim Mertens*, Direktor des Instituts, hat daran maßgeblichen Anteil. Ihm verdanke ich vielfältige Anregungen und Hilfen, die über eine bloße Betreuung der Habilitation weit hinausgehen. Dank schulde ich auch Herrn Professor Dr. *Friedrich Kübler* für die Zweitbegutachtung und wertvolle Hinweise. Bei der Abfassung des Manuskriptes waren mir Frau *Elisabeth Große*, Frau *Regina Lausmann*, Herr Wiss. Mit. *Ralf Heuer*, Frau Wiss. Mit. Dr. *Andrea Schmidt* und Frau Wiss. Mit. *Ameli Köhler* eine unentbehrliche Hilfe. Von der Marga und Kurt Möllgaard Stiftung habe ich jahrelang bereitwillige Unterstützung erfahren, die DFG hat die Drucklegung des Werkes durch eine großzügige Beihilfe gefördert.

Ich widme das Buch meiner Frau Sabrina zum Zeichen meines Dankes für ihre vielfach bewiesene Geduld und Solidarität.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung: Zum Inhalt dieses Buches – ein Überblick für den eiligen Leser	1

1. Kapitel

Gegenstand der Untersuchung – eine Einführung

I. Anlegerschutz im europäischen Unternehmensrecht	15
II. Verhaltens- und vermögensbezogene Ordnungskonzepte	26
III. Ziele und Gang der Untersuchung	55

2. Kapitel

Funktionenschutz und Vermögensordnung des Unternehmens

I. Machtungleichgewichte und optimale Kapitalausstattung	60
II. Machtungleichgewichte und optimale Kapitalnutzung	65
III. Informationsungleichgewichte und optimale Kapitalausstattung ...	71
IV. Informationsungleichgewichte und optimale Kapitalnutzung	80
V. Folgerungen für die inhaltliche Gestaltung einer funktionsgerechten Vermögensordnung	89

3. Kapitel

Die Rechnungslegung nach europäischem Unternehmensrecht

I. Die allgemeine Ordnungsregel des Art. 2 Abs. 3 4. GesRL	106
II. Die Umsetzung der Ordnungsregel in den Mitgliedsstaaten	114
III. Zusammenfassung und Ausblick	155

4. Kapitel

Das System der Kapitaltypologien

I. Überblick	159
II. Typologie der Kapitalwertermittlung	162
III. Typologie der effektiven Kapitalwertermittlung	188
IV. Typologie der nominellen Kapitalwertermittlung	207
V. Typologie der Kapitalüberlassungsdauer	232
VI. Typologie der unbefristeten Kapitalüberlassung	249
VII. Typologie der befristeten Kapitalüberlassung	277
VIII. Zusammenfassende Würdigung	293

5. Kapitel

Die Typologie der Finanzprodukte

I. Der typologische Rahmen	297
II. Investitionsgeschäfte	300
III. Arbitragegeschäfte	311
IV. Spekulations- und Hedgegeschäfte	325
V. Kombination investiver und nicht investiver (schwebender) Geschäfte	379
VI. Zusammenfassende Würdigung	393

6. Kapitel

Rechnungslegung und Publizität nach europäischem Kapitalmarktrecht

I. Von der Unternehmens- zur Anlage- und Marktpublizität	396
II. Der Einfluß der unternehmensrechtlichen Vermögensordnung auf die Anlage- und Marktpublizität	407
III. Die kapitalmarktrechtliche Umsetzung des Wahrheitspostulats	424
IV. Folgerungen für die Ausformung der kapitalmarktrechtlichen Publizität	441
V. Zusammenfassende Würdigung	463
Literaturverzeichnis	467
Verzeichnis der englischen Entscheidungen	499
Sachverzeichnis	501

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung: Zum Inhalt dieses Buches – ein Überblick für den eiligen Leser	1

1. Kapitel

Gegenstand der Untersuchung – eine Einführung

I. Anlegerschutz im europäischen Unternehmensrecht	15
1. Der Anleger als Gesellschaftertypus	15
2. Der Anleger als Gläubigertypus	18
3. Der Anleger als finanzwirtschaftlicher Investor	22
4. Der Anleger als Teilnehmer am Spekulations- und Sicherungsgeschäft ...	24
II. Verhaltens- und vermögensbezogene Ordnungskonzepte	26
1. Überblick über die Anlässe und Ziele des Anlegerschutzes	26
2. (Herkömmliche) Konzepte einer gesellschafts- und kapitalmarktrechtlichen Verhaltenskontrolle	28
3. (Modernere) Konzepte einer gesellschafts- und kapitalmarktrechtlichen Vermögensordnung	30
a) Die Regulierungsziele: Funktionen- und Individualschutz	30
b) Zur Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes	31
c) Die Handlungs- und Erfolgsziele der Marktteilnehmer	32
d) Funktionenschutz durch Beeinflussung der Transaktionskosten und -leistungen	34
4. Die Regelungsstrategien eines vermögensorientierten Anlegerschutzes ..	36
a) (Risiko-) Entlastungs-, Umverteilungs- und Vermeidungsstrategien ..	36
b) Risikoentlastung durch bilanzielle Vermögensordnung	39
c) Risikoumschichtung durch kapitalanlagerechtliche Haftungsord- nung	41
d) Risikovermeidung durch verbraucherschutzrechtliche Fremdkont- rollen	47
e) Risikovermeidung durch gerichtliche oder aufsichtsbehördliche Fremdkontrolle der Unternehmensfinanzierung	52

III. Ziele und Gang der Untersuchung	55
1. Überblick	55
2. Kapitel: Funktionenschutz und Vermögensordnung des Unternehmens .	56
3. Kapitel: Die Rechnungslegung nach europäischem Unternehmensrecht .	57
4. Kapitel: Das System der Kapitaltypologien	57
5. Kapitel: Die Typologie der Finanzprodukte	58
6. Kapitel: Rechnungslegung und Publizität nach europäischem Kapitalmarktrecht	59

2. Kapitel

Funktionenschutz und Vermögensordnung des Unternehmens

I. Machtungleichgewichte und optimale Kapitalausstattung	60
1. Überblick	60
2. Transaktionsleistungen und Kapitalkostenansatz	60
3. Transaktionsleistungen und Ergiebigkeit des Kapitalmarktes	63
II. Machtungleichgewichte und optimale Kapitalnutzung	65
1. Überblick	65
2. Die Kosten des Eigen- und Fremdkapitals	65
3. Kapitalentzugs- und -erhaltungsstrategien	68
III. Informationsungleichgewichte und optimale Kapitalausstattung	71
1. Überblick	71
2. Rechnungslegung und Anlagepublizität	71
3. Inhalte einer publizitätswirksamen Vermögensordnung	76
IV. Informationsungleichgewichte und optimale Kapitalnutzung	80
1. Überblick	80
2. Geschäftsrisiken und Kapitalerhaltung	81
3. Kapitalstrukturrisiken und Kapitalerhaltung	85
V. Folgerungen für die inhaltliche Gestaltung einer funktionsgerechten Vermögensordnung	89
1. Zum Verhältnis von Markt- und Kontrollpublizität	89
2. Elemente einer funktionsgerechten Vermögensordnung	91
3. Das System der aktuellen und potentiellen Kapitalpositionen	92
a) Überblick	92
b) Eigen- und Fremdkapital	93
c) Effektives und nominelles Kapital	95
d) Befristetes und unbefristetes Kapital	97
e) Originäres und derivatives Kapital	99
f) Aktuelles und potentielles Kapital	101
g) Zusammenfassender Überblick	104

3. Kapitel

Die Rechnungslegung nach europäischem Unternehmensrecht

I. Die allgemeine Ordnungsregel des Art. 2 Abs. 3 4. GesRL	106
1. Überblick	106
2. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	107
3. Das Kriterium der „Wahrheit“	109
II. Die Umsetzung der Ordnungsregel in den Mitgliedsstaaten	114
1. Der Konflikt zwischen angelsächsischer und kontinentaleuropäischer Rechtsgestaltung	114
a) Der bisherige Konflikt: angelsächsisches Vorrangprinzip versus deut- sches Abkopplungsmodell	114
b) Der neue Konflikt: Internationale Rechnungslegung anhand angel- sächsischer oder kontinentaleuropäischer Standards	119
2. Die Bilanzierung des Eigenkapitals	121
a) Ausweis und Bewertung des Aktivvermögens	121
b) Ansatz und Ausweis des Passivvermögens	130
3. Die Bilanzierung des Fremdkapitals	135
a) Ausweis und Bewertung des Aktivvermögens	135
b) Ausweis und Bewertung des Passivvermögens	141
4. Die Bilanzierung potentieller Kapitalpositionen	145
a) Potentielles Eigenkapital	145
b) Potentielles Fremdkapital	153
III. Zusammenfassung und Ausblick	155
1. Informationen über den Umfang der Kapitalbindung	156
2. Informationen über die Dauer der Kapitalbindung	157

4. Kapitel

Das System der Kapitaltypologien

I. Überblick	159
II. Typologie der Kapitalwertermittlung	162
1. Formelle und materielle Abgrenzungskriterien	162
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	165
3. Die Mischtypen und ihre Bilanzierung	169
4. Kapitaltypen zwischen effektiver und nomineller Wertermittlung	173
a) Überblick	173
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	174
(1) Volle Gewinn- und Verlustbeteiligung	174
(2) Begrenzte Gewinn- und volle Verlustbeteiligung	175
(3) Volle Gewinn- und begrenzte Verlustbeteiligung	180

(4) Begrenzte Gewinn- und Verlustbeteiligung	183
(5) Nominell verzinstes Kapital mit voller Verlustbeteiligung	184
(6) Nominell verzinstes Kapital mit begrenzter Verlustbeteiligung ...	186
(7) Volle Gewinnbeteiligung ohne Verlustteilnahme	187
(8) Begrenzte Gewinnbeteiligung ohne Verlustteilnahme	188
(9) Nominell verzinstes Kapital ohne Verlustbeteiligung	188
III. Typologie der effektiven Kapitalwertermittlung	188
1. Formelle und materielle Abstufungskriterien	188
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	190
3. Die unterschiedlichen Eigenkapitaltypen und ihre Bilanzierung	193
4. Vor- und nachteilige Kapitaltypen	198
a) Überblick	198
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	199
(1) Vorrangige Gewinnbeteiligung bei nachrangiger Verlustteil-	
nahme	199
(2) Vorrangige Gewinnbeteiligung	200
(3) Nachrangige Verlustteilnahme	201
(4) Vorrangige Gewinn- und Verlustteilnahme	202
(5) Gleichrangige Gewinn- und Verlustteilnahme	203
(6) Nachrangige Gewinn- und Verlustteilnahme	204
(7) Vorrangige Verlustteilnahme	205
(8) Nachrangige Gewinnbeteiligung	206
(9) Nachrangige Gewinnbeteiligung bei vorrangiger Verlustteil-	
nahme	206
IV. Typologie der nominellen Kapitalwertermittlung	207
1. Formelle und materielle Abstufungskriterien	207
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	211
3. Die unterschiedlichen Fremdkapitaltypen und ihre Bilanzierung	215
4. Vor- und nachteilige Kapitaltypen	218
a) Überblick	218
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	219
(1) Variable Dotierung und Verzinsung	219
(2) Limitiert-variable Dotierung und Verzinsung	220
(3) Variable Dotierung mit fester Verzinsung	221
(4) Limitiert-variable Dotierung mit fester Verzinsung	223
(5) Variable Verzinsung bei fester Dotierung	223
(6) Limitiert-variable Verzinsung mit fester Dotierung	229
(7) Feste Dotierung und Verzinsung	230
(8) Nachrangige Dotierung und/oder Verzinsung	231
V. Typologie der Kapitalüberlassungsdauer	232
1. Formelle und materielle Abgrenzungskriterien	232
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	233
3. Die Mischtypen und ihre Bilanzierung	234
4. Kapitaltypen zwischen unbefristeter und befristeter Bindungsdauer	236
a) Überblick	236
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	237

(1) Unbefristetes Kapital ohne Verzinsung	237
(2) Unbefristetes Kapital mit endfälliger Verzinsung	239
(3) Unbefristetes Kapital mit periodischer Verzinsung	240
(4) Befristetes Kapital ohne Verzinsung	242
(5) Befristetes Kapital mit endfälliger Verzinsung	243
(6) Befristetes Kapital mit periodischer Verzinsung	245
(7) Abgezinstes Kapital	247
VI. Typologie der unbefristeten Kapitalüberlassung	249
1. Formelle und materielle Abstufungskriterien	249
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	252
3. Die unterschiedlichen Eigenkapitaltypen und ihre Bilanzierung	256
a) Überblick	256
b) Verfügungsrechte in bezug auf die Kapitalsubstanz	256
c) Verfügungsrechte in bezug auf die Kapitalerträge	259
d) Insbesondere: Neuordnung von Verfügungsrechten bei Kapitalerhöhungen	263
e) Bilanzierungsfragen	266
4. Vor- und nachteilige Kapitaltypen	268
a) Überblick	268
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	269
(1) Voll verfügbares Kapital	269
(2) Kapital mit eingeschränkt verfügbaren Kapitalerträgen	270
(3) Kapital mit fremdverfügbaren Kapitalerträgen	270
(4) Kapital mit fremdvereinnahmten Kapitalerträgen	272
(5) Eingeschränkt verfügbares Kapital	272
(6) Fremdverfügbares Kapital	274
(7) Fremdvereinnahmtes Kapital	275
VII. Typologie der befristeten Kapitalüberlassung	277
1. Formelle und materielle Abstufungskriterien	277
2. Ausweis- und Bewertungsfragen	280
3. Die unterschiedlichen Fremdkapitaltypen und ihre Bilanzierung	282
4. Vor- und nachteilige Kapitaltypen	286
a) Überblick	286
b) Die Kapitaltypen im einzelnen	287
(1) Kurzfristiges Kapital	287
(2) Mittelfristiges Kapital mit vorfälliger Tilgung	290
(3) Mittelfristiges Kapital	291
(4) Langfristiges Kapital mit vorfälliger Tilgung	292
(5) Langfristiges Kapital	292
VIII. Zusammenfassende Würdigung	293

5. Kapitel

Die Typologie der Finanzprodukte

I. Der typologische Rahmen	297
II. Investitionsgeschäfte	300
1. Überblick	300
2. Die Abgrenzung der kapitalbildenden von den schwebenden Geschäften	301
3. Abgrenzungsfragen bei noch ausstehender („schwebender“) Vorleistung des Investors	305
4. Abgrenzungsfragen bei erfolgter Vorleistung des Investors oder eines Dritten	307
III. Arbitragegeschäfte	311
1. Struktur und Produktfähigkeit	311
2. Devisenswaps	316
3. Währungsswaps	320
4. Zinsswaps	323
IV. Spekulations- und Hedgeschäfte	325
1. Geschäftsstruktur und Vermögensordnung	325
2. Direktgeschäfte	328
a) Geschäftsstruktur und Produktfähigkeit	328
b) Positionsöffnende Direktgeschäfte	331
c) Positionssichernde Direktgeschäfte	335
3. Asset- und Liability-Swaps	342
a) Geschäftsstruktur und Produktfähigkeit	342
b) Positionsöffnende Swaps	346
c) Positionssichernde Swaps	348
4. Optionsgeschäfte	350
a) Strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede	350
b) Optionen auf Gegenstände des Passivvermögens	354
(1) Optionen auf Gesellschafterkapital	354
(2) Optionen auf sonstige Beteiligungen	355
(3) Optionen auf Fremdkapital	355
c) Optionen auf Gegenstände des Aktivvermögens	356
(1) Optionen mit realem Bezugsobjekt	356
(2) Optionen mit künstlichem Bezugsobjekt	359
d) Produktfähigkeit	360
e) Positionsöffnende Optionen	365
f) Positionssichernde Optionen	372
5. Garantiegeschäfte	374
a) Geschäftsstruktur und Produktfähigkeit	374
b) Positionsöffnende Garantien	376
c) Positionssichernde Garantien	378

V. Kombination investiver und nicht investiver (schwebender) Geschäfte	379
1. Überblick	379
a) Kombinationsarten	379
b) Kombinationsobjekte	380
c) Offene Fragen	381
2. Die Behandlung von Typenverschmelzungen	382
a) Zur Berücksichtigung des Verschmelzungszusammenhanges	382
b) Folgerungen für das Verhältnis von Beteiligungs- bzw. Anleihe- und Optionsrechten	383
3. Die Beurteilung einzelner Mischtypen	385
a) Kombination von Beteiligungen und Optionen auf Eigenkapital	385
b) Kombination von Beteiligungen und Optionen auf Fremdkapital	388
c) Kombinationen von Anleihen und Optionen auf Eigenkapital	388
d) Kombinationen von Anleihen und Optionen auf Fremdkapital	390
e) Optionen auf Eintritt in schwebende Kapitalpositionen	392
VI. Zusammenfassende Würdigung	393

6. Kapitel

Rechnungslegung und Publizität nach europäischem Kapitalmarktrecht

I. Von der Unternehmens- zur Anlage- und Marktpublizität	396
1. Überblick	396
2. Kapitalmarktrecht und Anlagepublizität	397
3. Kapitalmarktrecht und Marktpublizität	405
II. Der Einfluß der unternehmensrechtlichen Vermögensordnung auf die Anlage- und Marktpublizität	407
1. Die Vermögensordnung als Objekt der Anlage- und Marktpublizität	407
2. Die Vermögensordnung als Element der Anlage- und Marktpublizität	409
a) Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus kapitalmarktrechtlicher Sicht	409
b) Das kapitalmarktrechtliche Wahrheitspostulat	419
III. Die kapitalmarktrechtliche Umsetzung des Wahrheitspostulats	424
1. Die Regulierungsziele und ihre rechtliche Umsetzung	424
2. Kosten-Nutzen-Analyse	426
a) Überblick	426
b) Die Informationsbeschaffung	426
c) Die Informationssicherung	430
d) Die Grenzen der Informationsbeschaffung	433
e) Die Grenzen der Informationssicherung	436

IV. Folgerungen für die Ausformung der kapitalmarktrechtlichen Publizität	441
1. Die Emissionspublizität	441
2. Die Handelspublizität	447
3. Die Individualpublizität	452
a) Die Anlageberatung	452
b) Die Anlagevermittlung	459
c) Anlageberatung und -vermittlung als Nebendienstleistungen	460
V. Zusammenfassende Würdigung	463
Literaturverzeichnis	467
Verzeichnis der englischen Entscheidungen	499
Sachverzeichnis	501

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
A.B.R.	Accounting and Business Research
A.E.R.	American Economic Review
AllER	All England Law Reports
APB	Auditing Practices Board
APC	Auditing Practices Committee
App.	Appendix
ASB	Accounting Standards Board
ASC	Accounting Standards Committee
BAK	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BBA/IBF	British Bankers' Association/Irish Bankers' Federation
BCLC	Butterworth Company Law Cases
BFA	Bankenfachausschuß
B.L.	The Business Lawyer
BuM	Beton und Monierbau-Entscheidung des Bundesgerichtshofs
CA	Companies Act; Court of Appeal
CCA	Court of Criminal Appeal
CCC	Central Criminal Court
Ch	Chancery
ChD	Chancery Division
C.L.R.	The Cambridge Law Journal
Corp	Corporation
C.P.A.J.	Certified Public Accountants' Journal
D.L.R.	Dominion Law Reports
FASB	Financial Accounting Standards Board
FIBOR	Frankfurt Interbank Offered Rate
FRED	Financial Reporting Exposure Draft
FRS	Financial Reporting Standards
FSA	Financial Services Act
GAAP	Generally Accepted Accounting Practice
GEFIU	Gesellschaft für Finanzwirtschaft in der Unternehmensführung e.V.
GesRL	Gesellschaftsrechtsrichtlinie(n)
GesRLE	Entwurf einer Gesellschaftsrechtsrichtlinie
GSB	Genüßschein-Bedingungen
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
H.B.R.	Harvard Business Review
HFA	Hauptfachausschuß
HL	House of Lords
IA	Insolvency Act
IAS	International Accounting Standards
IASC	International Accounting Standards Committee
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer
I.F.L.R.	International Financial Law Review
ISDA	International Swap Dealers' Association

J.B.L.	Journal of Business Law
JFSt	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
J.o.A.	Journal of Accountancy
J.o.B.	Journal of Business
J.o.F.	Journal of Finance
J.o.F.E.	Journal of Financial Economics
K.B.	King's Bench
KOM	Kommission der Europäischen Gemeinschaften
KuK	Kredit und Kapital
LIBOR	London Interbank Offered Rate
L.J.	Law Journal
L.J.R.	Law Journal Reports
L.Q.R.	Law Quarterly Review
MaBV	Makler- und Bauträgerverordnung
OTC	over the counter
para. (s.)	paragraph(s)
PC	Privy Council
Q.B.	Queen's Bench
Q.B.D.	Queen's Bench Division
RechKredV	Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute
s.	section
SAS	Statement of Auditing Standards
Sch	schedule
SI	Statutory Instrument
SIB	Securities and Investments Board
ss.	sections
SSAP	Statements of Standard Accounting Practice
SORP	Statement of Recommended Accounting Practice
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
subs.	subsection
SZW/RSDA	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht / Revue suisse de droit des affaires
tfv	true and fair view
TL	Teillieferung
TR	Technical Release
W.L.R.	Weekly Law Reports
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
Y.B.	Yellow Book
ZIR	Zeitschrift Interne Revision
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZfK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Im übrigen wird verwiesen auf *Kirchner, Hildebert/Kastner, Fritz*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Aufl. Berlin 1993.

Einleitung

Zum Inhalt dieses Buches – ein Überblick für den eiligen Leser

1. Gegenstand der Untersuchung ist der *Anlegerschutz*. Bekanntlich verbindet man damit nach angelsächsischem Verständnis ein primär kapitalmarktrechtliches Regulierungsziel, während die Kontinentaleuropäer eher bestrebt sind, den Anlegerschutz mit gesellschaftsrechtlichen Mitteln zu bewältigen. Der Anleger kann daher, will man die ihn betreffenden Schutzvorschriften EU-weit einander angleichen, in der Rolle des Publikumsaktionärs gesehen werden, der an möglichst weitgehenden Einflußrechten zur Verbesserung seiner Ergebnisbeteiligung interessiert ist, oder (auch) als Teilnehmer am Effektenhandel, der Kursgewinne erzielen möchte und mit geeigneten Informationen versorgt werden muß. Beide Konzepte kehren in den einschlägigen EG-Richtlinien wieder, ohne daß sich bisher eine Präferenz in die eine oder andere Richtung herauskristallisiert hätte. In Anbetracht der jüngeren Entwicklungen an den nationalen und internationalen Finanzmärkten erscheint der gesellschaftsrechtliche Ansatz jedenfalls insofern als zu eng, als die Fremdfinanzierung über den Anleihemarkt neben der klassischen Aktienfinanzierung immer mehr an Bedeutung gewinnt und die Marktposition des Obligationärs mit ihren Parallelen zu der des typischen „Anlegers“ schwerlich vernachlässigt bleiben kann. Andererseits erlaubt diese mehr kapitalmarkt-orientierte Perspektive auch eine Eingrenzung des weiteren Bezugsrahmens: Der Blick richtet sich nicht auf die *Person* des Anlegers, sondern auf die *Anlage* (das „Finanzprodukt“) selbst. Nicht oder nur eingeschränkt liquide Finanzprodukte wie etwa Kommanditanteile an Abschreibungsgesellschaften bleiben außer Betracht, weil die Prämisse eines ausschließlich *objektbezogenen Anlegerschutzes* auf sie nicht zutrifft. Zu den liquiden Finanzprodukten zählen andererseits nicht nur solche mit investiver Geschäftsstruktur, sondern auch die an den Terminmärkten gehandelten Spekulations- und Hedge-Positionen.

Die im *ersten Kapitel* vorgestellten *Anlässe* und *Ziele* des Anlegerschutzes orientieren sich an denjenigen Anlagerisiken, die dem Investor aufgrund seiner Markunterlegenheit gegenüber dem Kapitalnehmer (Emittenten) erwachsen, sowie an den durch ungleiche Informationsverteilung bedingten Entscheidungsrisiken des Anlegers. Die aktienrechtlichen Vorschriften über die unternehmensinterne Geschäftskontrolle vermögen diese Risiken *nicht* sachgerecht zu erfassen, weil sie die Kapitalmarktfunktionen, namentlich die Fungibilität der Kapitalanteile zu sehr vernachlässigen. Insofern unterscheidet sich der hier gewählte An-

satz von jenen Arbeiten jüngerer Datums, die – sei es in der Wahl der Mittel, sei es im Ergebnis – den subjektbezogenen (gesellschafts- bzw. konzernrechtlichen) Anlegerschutz hervorheben¹. Statt dessen gilt das Augenmerk der Verwirklichung von Effizienzvorteilen unter Berücksichtigung der von den Marktteilnehmern verfolgten Handlungs- und Erfolgsziele sowie der durch das Kapitalmarktgeschehen ausgelösten Transaktionskosten.

Zur Verwirklichung bieten sich verschiedene Wege an, die als Strategien der *Risikoentlastung* durch Abbau von Macht- und Informationsungleichgewichten, der wirtschaftlich effizienten *Risikoumverteilung* und der *Risikovermeidung* durch Errichtung personen- oder produktbezogener Marktzutrittsschranken beschrieben werden. Die Entlastungsstrategie knüpft vor allem an die unternehmensinterne Vermögensordnung an; im Vordergrund stehen hier die bilanzrechtlichen Vorschriften über die *Rechnungslegung* mit ihrer Gestaltungs- und Aufklärungsfunktion sowie die *kapitalmarktrechtlichen* Publizitätsnormen. Umverteilungseffekte sind dagegen mit Hilfe einer kapitalanlagenrechtlichen Haftungsordnung zu erzielen, die nur Gegenstand der Untersuchung ist, soweit sie auf die Vermögensordnung des Unternehmens aufbaut oder wenigstens geeignet ist, Anreize für ein effizienteres Marktverhalten zu vermitteln. Den Vermeidungsstrategien schließlich wird keine besondere Beachtung geschenkt, weil sie entweder – wie etwa die richterliche AGB-Kontrolle von Wertpapierbedingungen – auf die Verhinderung marktlicher Leistungen hinauslaufen oder das Verhalten staatlich kontrollierter Finanzintermediäre betreffen, die als Anbieter von Fremdkapital (Kreditinstitute) oder Eigenkapital (Kapitalanlagegesellschaften) mit dem Anlegerpublikum konkurrieren.

2. Im *zweiten Kapitel* geht es um die rechtspolitische Frage, wie die bilanzielle Vermögensordnung des Unternehmens rechtlich verfaßt sein muß, um dem Ziel der Risikoentlastung durch eine *funktionsgerechte Macht- und Informationsverteilung* möglichst nahezukommen, wobei die Machtfrage an die *Gestaltungsfunktion der Rechnungslegung* anknüpft, während Informationsgleichheit nur durch ausreichende *Unternehmenspublizität* hergestellt werden kann. Mit dem Machtaspekt befassen sich vor allem jene Reformvorschläge, die auf die Eliminierung von Anlagerisiken durch die Einführung bzw. Erweiterung individueller Gewinnentnahme- und/oder Kapitalentzugsrechte gerichtet sind. Eine alloka-tionseffiziente Kapitalausstattung über den Kapitalmarkt läßt sich hierdurch jedoch kaum erreichen, weil es insoweit nicht auf die rechtliche Beeinflussung der Rückzahlungsströme, sondern auf die der anlegerseitigen Investitionsentscheidungen ankommt (S. 60–63) und eine nachhaltige Belegung der Investitionstätigkeit am Kapitalmarkt letztlich auch von der Aufnahmebereitschaft der Kapitalnachfragerseite abhängt (S. 63, 64). Näher liegt es, Kapitalentzugsregeln als Mittel zur Disziplinierung des Managements einzusetzen, damit der Anleger wirkungsvoller auf Opportunismen seiner „Agenten“ reagieren und so dazu beitragen

¹ Vgl. etwa die Monographie von *Mülbert*, Aktiengesellschaft, Unternehmensgruppe und Kapitalmarkt, 2. Aufl. 1996

kann, die (kontrollbedingten) Kapitalkosten gering zu halten (S. 65–68). Doch müßte dieser Vorteil letztlich durch Liquiditätsnachteile erkaufte werden, die nicht nur das längerfristig gebundene Fremdkapital verteuern, sondern auch die wettbewerbliche Position des Unternehmens an den Leistungsmärkten schwächen würden. Von dem in der EG positivrechtlich verankerten Prinzip der gläubigerschützenden Kapitalerhaltung sollte deshalb nicht abgerückt werden. Der kapitalanlagerechtliche Funktionenschutz ist über den Abbau von Informationsasymmetrien anzustreben, nicht über den Abbau von Machtasymmetrien (S. 68–71).

Die weiteren Überlegungen konzentrieren sich auf die Frage, welchen informatorischen Beitrag die Rechnungslegung des Unternehmens aus bilanz- und kapitalmarkttheoretischer Sicht überhaupt leisten kann. Die Antwort kann nicht pauschal ausfallen, vielmehr ist zwischen den regulatorischen Zielen einer *optimalen Kapitalausstattung über den Kapitalmarkt* und einer möglichst sinnvollen, vor allem *kostensparenden Kapitalnutzung im Unternehmen* zu differenzieren:

Verbessern sich die rechtlichen Rahmenbedingungen der allokativen (marktlichen) Ausstattungsfunktion, so entlastet das den Anleger zugleich von Entscheidungsrisiken. Der Jahresabschluß kann hierzu beitragen, soweit das in ihm enthaltene Zahlenwerk nach standardisierten Kriterien geordnet ist und dem externen Beobachter zwischenbetriebliche Vergleichsbetrachtungen anhand von Kennzahlen ermöglicht (S. 71–76). Gegenstand der marktrelevanten, durch den Jahresabschluß vermittelbaren Informationen sind Daten, die den Anleger über das leistungswirtschaftliche *Geschäftsrisiko* und das finanzwirtschaftliche *Kapitalstrukturrisiko* aufklären, wobei sich ersteres vor allem in den *dynamischen Erfolgswerten* widerspiegelt, während zur Einschätzung des Kapitalstrukturrisikos auch die *statischen Vermögens- und Kapitaldaten* benötigt werden (S. 76–80).

Dieser *Anlagepublizität* steht die zur Steuerung der Anlagerisiken erforderliche *Kontrollpublizität* gegenüber, die für den Obligationär ebenso wie für den Aktionär ein unverzichtbares Mittel zum Zwecke der Kapitalerhaltung darstellt (S. 80, 81). Zwischen beiden Teilzielen besteht ein Spannungsverhältnis, soweit die realitätsnahe Offenlegung des Geschäftsrisikos das Ausschüttungspotential erhöht und die Erhaltung der Vermögenssubstanz hierdurch mit nachteilhafter, weil kostenerhöhender Wirkung gefährdet wird (S. 81–85). Demgegenüber ist die Darstellung des Kapitalstrukturrisikos zwangsläufig an das Reglement der Substanzerhaltung gekoppelt, da die Kontrollpublizität an die Gestaltungsfunktion der Bilanz anknüpft. Normative Kapitalstrukturregeln erweisen sich in diesem Zusammenhang als durchaus nützlich, wenn die Höhe der Eigenkapitalausstattung durch den Wettbewerb der Kapitalnachfrager bestimmt und auf fixe Normgrößen nach Art der gesellschaftsrechtlichen Vorschriften über das nominelle Eigenkapital verzichtet wird (S. 85–89).

Letztlich eignet sich der Jahresabschluß für Zwecke der Anlage- und Kontrollpublizität gleichermaßen, wenn bei der Abbildung des leistungswirtschaftlichen Geschäftsrisikos darauf geachtet wird, daß sich das Ausschüttungspotential nicht durch die Einbeziehung unwägbarer Prognosedaten unangemessen erhöht, und

wenn andererseits die Vermögenslage bei der Offenlegung des Kapitalstrukturrisikos nicht zu pessimistisch dargestellt wird (S. 89–91). Ergebnis dieser Überlegungen ist der Vorschlag einer *dualistischen Bilanz*, die neben den statischen und vergangenheitsbezogenen Buchführungsdaten auch dynamische und zukunftsbezogene Elemente enthält (S. 91, 92). Die hierfür in Betracht zu ziehenden Kapitalstrukturelemente werden in einem umfassenden Katalog vorgestellt, der vergangenheitsbezogene Daten dem *aktuellen Eigen- oder Fremdkapital* und zukunftsbezogene Daten dem *potentiellen Eigen- oder Fremdkapital* zuordnet. In die potentiellen Kapitalposten sind die prognostizierten (statischen oder dynamischen) Daten schwebender Geschäfte einzustellen, sofern diese über das reine Planungsstadium hinaus rechtswirksam vereinbart sind (S. 92–105). Auf diese Weise entsteht ein *erstes Ordnungsmuster*, das sich aus *inhaltlichen und zeitlichen Kapitalstrukturelementen* (Umfang / Dauer einer Kapitalposition) zusammensetzt. Mit seiner Hilfe soll das Konzept einer anlegergerechten, d.h. nach dem hier gewählten objektbezogenen Ansatz *kapitalanlagegerechten Rechnungslegung* umgesetzt werden. Zugleich ist es Ausgangspunkt und Orientierungslinie der nunmehr anstehenden rechtsvergleichenden Betrachtungen zum deutschen und britischen Bilanzrecht.

3. Das *dritte Kapitel* enthält eine Analyse der einschlägigen Vorschriften des *europäischen, deutschen und britischen Bilanz-, Gesellschafts- und Insolvenzrechts*. Ausgangspunkt ist das bilanzrechtliche, auf die *Vermögens-, Finanz- und Ertragslage* bezogene True and Fair View-Postulat für den Einzelabschluss, wobei die erste Komponente auf das Eigenkapital, die zweite auf das Fremdkapital und die dritte auf die Dynamik der Vermögens- und Finanzentwicklung zielt (S. 106–109). Eine absolute „*Wahrheit*“ im Sinne der True and Fair View-Klausel kann das Bilanzrecht nicht garantieren; vielmehr verursacht die Forderung nach kontrollwirksamen Einblicken in das Unternehmen und gleichzeitiger Herstellung von Markttransparenz durch Offenlegung vergleichsfähiger Vermögensdaten einen Zielkonflikt, der in Deutschland und Großbritannien nach wie vor unterschiedlich bewertet wird und den europäischen Bemühungen um Rechtsangleichung einen weitgehenden Mißerfolg beschert hat. Das Regime der Vierten Europäischen Gesellschaftsrechtsrichtlinie ändert im Ergebnis nichts an der Fortexistenz zweier konzeptionell unvereinbarer Rechnungslegungssysteme, von denen das britisch geprägte eher dem Ideal der praxisorientierten Einzelfallbetrachtung folgt, während das vor allem in Deutschland bevorzugte dem Ziel der Gesetzesbindung durch umfassende Kodifikation verhaftet ist (S. 109–119). Für den Konzernabschluss ist diese Bindung allerdings gelockert, wenn der Entwurf eines neuen § 292a HGB unverändert verabschiedet wird, wonach u.U. auch die Rezeption ausländischer oder international anerkannter Rechnungslegungsstandards statthaft sein soll (S. 119–121).

Die Unterschiede der britischen und deutschen Rechnungslegungsgrundsätze treten vor allem bei der Bilanzierung des (*aktuellen*) *Eigenkapitals*, namentlich bei der *aktivischen Vermögensbewertung* hervor. In Großbritannien führt die Anwendung des „*matching principle*“ bei gleichzeitiger Hintanstellung des euro-

parechtlich verankerten und von Deutschland uneingeschränkt übernommenen Realisationsprinzips zu einer Höherbewertung des Aktivvermögens, die sich beispielsweise in der Neubewertung von Gegenständen des Anlagevermögens, in der Bewertung von Beteiligungen „at equity“ im Einzelabschluß und in der verdeckten Gewinnantizipation bei langfristiger Fertigung äußert. Das deutsche Bilanzrecht begünstigt dagegen die Bildung stiller Reserven durch strikte Bindung an das Anschaffungskostenprinzip und eröffnet zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten durch die Kopplung von Handels- und Steuerbilanz (S. 121–130). Zum Teil recht uneinheitlich sind auch die weitgehend gesellschaftsrechtlich präjudizierten Norminhalte zur *passivischen Eigenkapitaldotierung*. Während die Regelungen des Aktiengesetzes über die Bildung und Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen insgesamt über das Ziel einer angemessenen Substanzerhaltung hinauschießen, bleiben die britischen Vorschriften zum Teil hinter den Erfordernissen eines wirtschaftlich sinnvollen Gläubigerschutzes zurück. Als rechtspolitisch verfehlt sind die EU-weit geltenden Normen über die Mindesthöhe des Grundkapitals zu bezeichnen (S. 130–135).

Von einer *aktivischen Darstellung* des (*aktuellen*) *Fremdkapitals* läßt sich, was die inhaltlichen Kapitalstrukturen anbelangt, nur im *Überschuldungsstatus* sprechen. Das deutsche Konkurs- und Gesellschaftsrecht erzwingt nach h.M. den Ansatz von Liquidationswerten, sofern die Fortbestehensprognose negativ ausfällt und deshalb Konkursantrag zu stellen ist. Indessen sprechen gute Gründe dafür, die Konkursreife durch Verzicht auf derartige Prognoseüberlegungen nach britischem Vorbild vorzuverlagern, damit das Management zum Schutze der Gläubiger rechtzeitig ausgewechselt werden kann und die gläubigerseitigen Sanierungsbemühungen nicht zu spät einsetzen. Dieses gesetzgeberische Konzept hat auch bei den Vorbereitungen der anstehenden Insolvenzrechtsnovelle eine maßgebliche Rolle gespielt. Konsequenterweise ist die Überschuldungsbilanz – anders als der Jahresabschluß – strikt retrospektiv auszurichten (S. 135–140).

Im Status des „going concern“ informiert dagegen ausschließlich die *Passivseite* über die Höhe der Verschuldung. Das Höchstwertprinzip deutscher Prägung sorgt hier wiederum – spiegelbildlich zum aktivischen Niederstwertprinzip – für eine betont pessimistische Darstellung, die unter Effizienzgesichtspunkten fragwürdig erscheint, bilanzrechtlich aber kaum zu umgehen ist. Die von jeher weniger konservativ eingestellte britische Rechtspraxis ist mit dem EU-weit eingeführten Vorsichts- und Imparitätsprinzip nicht vollumfänglich zu vereinbaren (S. 141–144). Im Vergleich zum britischen Recht unterentwickelt, weil weniger aussagekräftig sind die für deutsche Industrie- und Handelsunternehmen geltenden Vorschriften über den passivischen Ausweis der Zins- und Tilgungsbedingungen (S. 144, 145).

Der (aktivische) Ausweis von *potentiellem Eigenkapital*, herkömmlich als „schwebende“ Vermögensposition bezeichnet, beschränkt sich nach deutschem wie nach britischem Recht auf die Vorwegnahme (dynamischer) Erfolgsgrößen, wobei allerdings die britische Methode insofern gehaltvoller ist, als sie neben der Ertragsantizipation durch aktive Rechnungsabgrenzung auch den aktivischen

Ausweis künftiger Gewinnsalden erlaubt. Das Ausschüttungspotential wird durch diese Gewinnantizipation nicht erweitert, da der unter Beachtung des Realisationsprinzips errechnete Jahresüberschuß in einer hierfür vorgesehenen separaten Gewinnziffer (*distributable profit*) erfaßt ist. Allerdings gibt es in der berufsständischen Praxis weitergehende, mit den Vorgaben der Vierten Gesellschaftsrechtsrichtlinie schwerlich vereinbare Bestrebungen, das Realisationsprinzip durch die begriffliche Gleichsetzung bloßer Ertrags- oder Gewinnaussichten mit den statischen Vermögensposten zurückzudrängen. Im deutschen Recht fehlt es an einer separaten Gewinnziffer ohne Ausschüttungsbemessungsfunktion, was vor allem für Dienstleistungsunternehmen mit hohem Umschlagsvolumen und geringer Vermögensausstattung schwer lösbare Probleme mit sich bringen kann (S. 145–153). Die (passivische) Dotierung von *potentiellem Fremdkapital* ist dagegen weitgehend einheitlich geregelt. Zulässig und aufgrund des Vorsichtsprinzips geboten sind sowohl die Aufwandsantizipation durch passive Rechnungsabgrenzung als auch die Verlustantizipation durch Rückstellungsbildung (S. 153–155).

Alles in allem führt der Rechtsvergleich zu der Erkenntnis, daß die formale Strenge des deutschen Bilanz- und Gesellschaftsrechts dem Ziel der Markttransparenz nicht unbedingt weniger, sondern in gewisser Beziehung sogar besser gerecht wird als die in Großbritannien vorherrschende Einzelfallbetrachtung. Das deutsche System erleichtert nämlich den *Betriebsvergleich* aus Anlegerperspektive insofern, als es durch die Betonung des Anschaffungskostenprinzips den Schwerpunkt auf die Veröffentlichung „unbestechlicher“ (historischer) Wertansätze legt, während die nach britischem Recht größeren Bewertungsspielräume solche Vergleichsbetrachtungen tendenziell erschweren. Dieser Nachteil wird – entgegen landläufiger Ansicht – keineswegs zwangsläufig durch den Vorteil einer einzelfallgerechten und an aktuellen Marktpreisen orientierten („wahren und fairen“) Vermögensbewertung wettgemacht, geschweige denn überkompensiert, solange nicht bewiesen ist, daß der Gefahr einer Irreführung durch Bildung stiller Reserven unter Transparenzgesichtspunkten generell mehr Gewicht beizumessen ist als der einer – mangels ausreichender Beurteilungsmaßstäbe – willkürlichen Überbewertung. Der in Deutschland, erst recht aber international vorherrschenden Auffassung, die britische Rechnungslegung fördere eher den Allokationsprozeß der marktgestützten Kapitalausstattung als die inländische, wird daher widersprochen. Die eigentliche Stärke des britischen Systems liegt woanders, nämlich in seiner operativen Steuerungsfunktion, bezogen auf die Kapitalnutzung in den Unternehmen. Denn jede Lockerung des Anschaffungskostenprinzips begünstigt die Erhöhung des ausschüttungsfähigen Gewinns (*distributable profit*); dadurch wird einer *übertriebenen Erhaltung der Vermögens- und Kapitalsubstanz* durch Bildung stiller Reserven entgegenwirkt. Entsprechendes gilt für die Bildung offener Zwangsrücklagen nach britischem und deutschem Recht (S. 155–158).

4. Im *vierten Kapitel* kann nunmehr der Versuch unternommen werden, die aus den bilanz- und kapitalmarkttheoretischen Vorüberlegungen sowie die aus

der Rechtsvergleichung gewonnenen Erkenntnisse für eine bilanzrechtliche *Kapitaltypologie* zu verwerten. Auf diesem Wege soll gezeigt werden, wie die an den Finanzmärkten gehandelten Kapitalgeberrechte in ihrer Vielfalt sachgerecht abzubilden sind. Angestrebt ist ein umfassender Kriterienkatalog, der abstrakt genug ist, um marktübliche wie „exotische“, schon erprobte wie „innovative“ Finanzprodukte ohne die bisher im Schrifttum angebotenen, aufwendigen Einzelanalysen systematisch erfassen, miteinander vergleichen und voneinander abgrenzen zu können.

Die im zweiten Kapitel vorgestellten Kapitalstrukturelemente werden zu diesem Zweck in einer *sechsteiligen Rechtstypologie* geordnet und weiter ausdifferenziert. Typologisches Unterscheidungskriterium ist das durch das jeweilige Finanzierungsgeschäft ausgelöste *Kapitalstrukturrisiko*, das sich aus der Sicht des Anlegers bei einer Veränderung des Verschuldungsgrades, der Beteiligungsquote oder der Leistungsfähigkeit des Kapitalnehmers realisieren kann, wobei sich der Verschuldungsgrad auf das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapitalgebern (*Kollisionskonflikt*), die Beteiligungsquote auf die Beziehung der Eigenkapitalgeber untereinander und die Leistungsfähigkeit auf die Konkurrenzsituation unter den Fremdkapitalgebern (*Konkurrenzkonflikte*) beziehen (S. 159–162).

Mit der *Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital anhand inhaltlicher Strukturmerkmale* befaßt sich die *Typologie der Kapitalwertermittlung*. Nach britischem Recht ist zunächst formal danach zu unterscheiden, ob ein Finanzprodukt im gesellschaftsrechtlichen Kapitalerhöhungsverfahren emittiert wurde oder nicht, während die meisten Finanztitel mit gemischter Struktur in Deutschland wegen des aktienrechtlichen Gestaltungszwanges ohnehin nur schuldrechtlich – namentlich als Genußscheine – ausgegeben werden können (S. 162–165). Bilanziell bleiben einzelne Strukturelemente vielfach unsichtbar, weil die Mischtypen in toto dem Eigen- oder Fremdkapital zugeordnet werden und sich das gehaltvollere „split accounting“ auch in Großbritannien bislang nicht durchgesetzt hat (S. 165–173). Über die sodann aufgezählten sieben Mischformen zwischen den Idealtypen des gewinn- und verlustbeteiligten Effektivkapitals einerseits und des verzinslichen Nominalkapitals andererseits muß daher keine vollwertige Rechnung gelegt werden. Mit Hilfe dieser ersten Typologie lassen sich etwa Stamm- und Vorzugsaktien in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, limitierte und unlimitierte Genußrechte, Gewinnschuldverschreibungen und nachrangige Kapitalpositionen miteinander vergleichen und sachgerecht abbilden (S. 173–188).

Die zweite *Typologie* befaßt sich mit den Varianten der *effektiven Kapitalwertermittlung* und ist daher für das *Verhältnis der Eigenkapitalgeber untereinander* von Bedeutung. Tragender Grund für das eigenkapitaltypische Verwässerungsrisiko ist die nach deutschem und britischem Recht vorgeschriebene Bemessung der Beteiligungsquote nach dem Verhältnis der Beteiligungsnennwerte – ein Prinzip, das auch auf den inländischen Genußschein mit seinen Variationsmöglichkeiten anzuwenden ist (S. 188–193). Die Vor- oder Nachteilhaftigkeit eines Eigenkapitaltitels ergibt sich aus den gesetzlich vorgegebenen oder vertraglich vereinbarten Ausstattungsbedingungen; sie kann sowohl an die Ergebnisermittlung als

auch an die Ergebnisverteilung anknüpfen (S. 193–197). Angaben hierüber finden sich vorzugsweise im Anhang, können aber die in einer neunteiligen Rangordnung dargestellten Qualitätsunterschiede nicht durchweg befriedigend offenlegen. Erst diese Rangordnung erlaubt die gestufte Darstellung solcher Prioritätsrechte und Posterioritätsklauseln, die – im Gegensatz zu den in der ersten Typologie analysierten – keinen Bezug zum Fremdkapital aufweisen, andererseits aber für den Konkurrenzkonflikt der Aktionäre und Genußscheininhaber im Verhältnis untereinander von Bedeutung sind (S. 198–206).

Die in der dritten *Typologie der nominellen Kapitalwertermittlung* dargestellten Unterschiede betreffen das *Konkurrenzverhältnis der Fremdkapitalgeber* untereinander, konkret: monetäre Zusatzleistungen und nominelle Wertänderungsrisiken, die einzelnen Fremdkapitalgebern gegenüber anderen Bonitätsvorteile verschaffen oder ihnen entsprechende Nachteile einbringen können. Für den Kapitalnehmer ergeben sich daraus zusätzliche Gewinnchancen und Verlustrisiken, was bei konsequenter Befolgung des bilanziellen Imparitätsgrundsatzes eine unter Umständen drastische Überbetonung der Insolvenzgefährdung und der daraus erwachsenden Gläubigerkonkurrenz zur Folge hätte. Durch die in Deutschland wie in Großbritannien prinzipiell anerkannte Methode des „hedge accounting“ ist dies zu vermeiden, wenn und soweit das Unternehmen seine offenen Risikopositionen durch geeignete (schwebende) Sicherungsgeschäfte geschlossen hat. Allerdings ist das hedge accounting nur nach der angelsächsischen Technik des „marking-to-market“, nicht auch bei Anwendung des inländisch bevorzugten Festwertverfahrens aus der Bilanz ersichtlich (S. 207–215). Was die in den Vertragsbedingungen vereinbarten Einflußfaktoren nomineller Wertveränderungen anbelangt, die in einer achtteiligen Typenreihe vorgestellt werden, verbleiben sowohl nach deutschem wie nach britischem Bilanzrecht Informationsdefizite. Ausstattungsvarianten in diesem Sinne sind etwa die Denominierung in Fremdwährung oder die Kopplung des nominellen Kapitalwertes an einen Währungskorb (z.B. Fremd- oder Doppelwährungsanleihe) und/oder die Kopplung der Verzinsung an variable unternehmensexterne Einflußfaktoren (z.B. Floating Rate Notes) (S. 215–232).

Mit der anschließenden *Typologie der Kapitalüberlassungsdauer* soll demonstriert werden, welche *zeitlichen Strukturen* für das Eigen- und Fremdkapital kennzeichnend sind. Der vielfach gebräuchlichen Unterscheidung zwischen vertraglich bzw. gesellschaftsrechtlich unbefristeter und befristeter *Kapitalüberlassung* wird dabei nicht gefolgt. Ausgangspunkt ist vielmehr die These, daß das Recht der Inhaber effektiv bewerteten Kapitals, über die Fortdauer bzw. Beendigung der *Bindung* nominellen Kapitals an das Unternehmen allein bestimmen zu können, eine Zuordnung dieser Position zum Eigenkapital rechtfertigt. Umgekehrt bleibt es bei der Zuordnung nominell bewerteten Kapitals zum Fremdkapital, wenn die Inanspruchnahme des Unternehmens auf (Rück-)Zahlung hinreichend wahrscheinlich ist, so daß wenigstens eine Verbindlichkeitsrückstellung gebildet werden muß (S. 232–234). Eine kritische Auseinandersetzung mit der Bilanzierungspraxis in Deutschland und Großbritannien führt zu dem Vorschlag,

dem Mischcharakter solcher Positionen durch eine flexible Bewertung der Rückstellung Ausdruck zu verleihen (S. 234–236). So entsteht eine siebenteilige Typenreihe, die alle Übergangsformen vom unbefristeten (Eigen-)Kapital ohne Verzinsung bis zum befristeten (Fremd-)Kapital mit periodischer Verzinsung enthält und weitergehend auch das abgezinste Kapital mit seiner extrem hohen Liquiditätsbelastung berücksichtigt. Zu den bekannteren Varianten in diesem Sinne gehören die „ewigen“ Anleihen sowie die Niedrig- und Null-Kupon-Anleihen (Zero Bonds) (S. 236–249).

Auch die Beteiligungsquote der Eigenkapitalgeber kann sich durch eigen- oder fremdbestimmte Kapitaldispositionen, mit denen sich die *Typologie der unbefristeten Kapitalüberlassung* befaßt, zum Vor- oder Nachteil Einzelner verändern. Verwässerungsrisiken bringen vor allem die zwingenden Organisations- und Gläubigerschutzvorschriften des deutschen Aktienrechts mit sich, namentlich die Regelungen über die nominelle Kapitalerhaltung, über die Geschäftsführungsautonomie des Vorstands und über dessen Einfluß auf den Umfang von Gewinnausschüttungen. Bei frei gestaltbaren Eigenkapitaltiteln wie der britischen Aktie und dem deutschen Genußschein besteht demgegenüber eher die Gefahr, daß einzelne Anleger durch Kapitalerhöhungsmaßnahmen benachteiligt werden; in Deutschland ist dem durch analoge Anwendung des § 216 Abs. 3 AktG Rechnung zu tragen (S. 249–268). Der bilanzielle Ausweis der durch die Eigen- und Fremdbestimmungsrechte bedingten Unterschiede bleibt – wie bei den im Rahmen der zweiten Typologie erörterten Ausstattungsbedingungen – unvollkommen. Im Ergebnis lassen sich sieben Einzeltypen abstrakt beschreiben. Zu ihnen passen beispielsweise diejenigen Genußrechtsvarianten, die durch Einflußrechte der Aktionäre oder des Managements auf das Ob, Wann und Wie der Kapitalrückzahlung und/oder -vergütung gekennzeichnet sind (S. 268–276).

Die zuletzt dargestellte *Typologie der befristeten Kapitalüberlassung* befaßt sich wiederum mit dem *Konkurrenzverhältnis unter den Fremdkapitalgebern*, diesmal unter dem Aspekt zeitlich bedingter Strukturunterschiede. Unterscheidungsmerkmale sind die jeweils vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten und Zahlungstermine, die am detailliertesten in den Bankbilanzen und am wenigsten detailliert in den Jahresabschlüssen deutscher Industrie- und Handelsunternehmen abgebildet werden müssen. Sicherungsgeschäfte zur Kompensation laufzeit- und fälligkeitsbedingter Liquiditätsrisiken haben sich an den Finanzmärkten bislang nicht etabliert, wengleich derartige Positionsschließungen unter Zuhilfenahme eines asymmetrischen Liquiditäts-Swap denkbar wären (S. 277–282). Über die Vor- oder Nachteilhaftigkeit der typologisch erfaßbaren Unterschiede entscheidet die Tilgungsstruktur, während dynamische Vergütungsbestandteile wie periodische Zinsen unberücksichtigt bleiben. Der größte Variantenreichtum findet sich an den Euromärkten, wobei u.U. nicht nur die Ausstattungsbedingungen als solche, sondern auch die Einbeziehung der Finanztitel in bestimmte Fazilitätenprogramme eine bedeutsame Rolle spielen (S. 282–293).

5. Im *fünften Kapitel* geht es um die Ergänzung der Kapitaltypologien durch eine *Typologie der Finanzprodukte*. In ihr finden diejenigen Finanzprodukte

Platz, die die Kapitalstrukturen des bilanzierungspflichtigen Unternehmens nicht oder nur teilweise beeinflussen und deshalb von den Kapitalanlagen im Sinne des Anlegerschutzrechts abzugrenzen sind. Gegenstand der Typologie sind demzufolge nicht die bilanz- und gesellschaftsrechtlich vorgegebenen *Kapitalstrukturen*, sondern die *geschäftlichen Strukturen* der an den Kassa- und Terminmärkten gehandelten Finanztitel. Ihr Zweck ist die Abgrenzung der Finanzprodukte mit investiver Geschäftsstruktur, die das Kapitalstrukturrisiko verändern und auf die die im vierten Kapitel vorgestellten Kapitaltypologien zutreffen, von solchen mit Austauschcharakter, die lediglich das (kapitalstrukturneutrale) Geschäftsrisiko tangieren und mit ihren dynamischen Bestandteilen weniger strengen Publizitätsanforderungen unterliegen (S. 297–300).

Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, daß der Investitions- oder Austauschcharakter im Ansatz nicht an den Inhalt der rechtsgeschäftlichen Vereinbarungen, sondern wegen der überwiegend statischen Ausrichtung der Bilanz an das Stadium der Leistungsabwicklung anknüpft, so daß beispielsweise obligatorische Nutzungsrechte und Dienstleistungsansprüche nicht Gegenstand einer solchen „investiven Vorleistung“ sind, weil sie bilanzrechtlich nicht den Vermögensgegenständen zugeordnet werden können. Eine Sonderregelung trifft allerdings das Gesellschaftsrecht für Einlageforderungen, die gesetzlich als aktivierbares Gut anerkannt sind (S. 300–305). Investiv kann auch die Aufgabe einer bereits gehaltenen Kapitalposition zugunsten einer neuen sein, wie das Beispiel der Wandelanleihen und -genußscheine zeigt. In den umstrittenen Sanierungsfällen ist dies anzunehmen, wenn die Besserungsabrede der Abwendung einer drohenden Überschuldung dient, während potentielle Kapitalgeberrechte, die aus einem gläubigerseitigen Verzicht zur Beseitigung der Überschuldung hervorgehen, die Kapitalstrukturen unberührt lassen (S. 305–311).

Den investitionsgeschäftlichen Finanzprodukten werden sodann die finanzwirtschaftlichen *Arbitragegeschäfte* mit austauschvertraglicher Struktur gegenübergestellt. Zu ihnen sind diejenigen *Swapgeschäfte* zu rechnen, mit denen die Vertragspartner Devisenbestände oder (Zins-)Zahlungsströme untereinander austauschen, um räumlich und zeitlich bedingte Kursschwankungen gewinnbringend auszunutzen, und die grundsätzlich keine anlagetypischen Risiken aufwerfen (S. 311–316). Andererseits gibt es historisch begründete Parallelen zur wechselseitigen Kreditvergabe (Back-to-Back-Loans), die einen Meinungsstreit darüber provoziert haben, ob und inwieweit Devisen-, Währungs- und Zinsswaps als (wechselseitig) kapitalbegründende Dauerschuldverhältnisse mit bilanzverlängernder Wirkung zu qualifizieren sind. Trotz der optischen Nähe vor allem des Währungsswap zu den Back-to-Back-Loans und zu den echten Pensionsgeschäften im Sinne des Art. 12 der Europäischen Bankbilanzrichtlinie wird jedoch dafür plädiert, zu Arbitragezwecken vereinbarte Swaps als schwebende Geschäfte ohne kapitalbildende Wirkung zu behandeln, für die allenfalls eine Drohverlustrückstellung zu bilden ist (S. 316–325).

Die an den Terminmärkten zum Zwecke der *Spekulation* oder des *Hedging* gehandelten Finanzprodukte lassen sich nicht auf Anhieb in das Schema „Inve-

Sachverzeichnis

- Ad hoc-Publizität** 448ff. *siehe* auch Handelspublizität
als Teil der Handelspublizität 448
im außerbörslichen Effektenhandel 449
Kursrelevanz der Tatsache 448f.
stille Reserven, keine Offenlegung 452
und Insiderrecht, Regelungskonflikte 451
Veröffentlichungspflicht mit Befreiungsvorbehalt 449f.
Veröffentlichungswege 450
- AGB** *siehe* Allgemeine Geschäftsbedingungen
- Agio auf Aktien** *siehe* Aufgeld
Derivativerwerb durch andere Eigenkapitalgeber 99
Einstellung in die Kapitalrücklage 133
- Aktien** 176; 379 *siehe* auch kombinierte Kapitalpositionen *siehe* auch Vorzugsaktien (kein) Bezugsrecht auf Gratisgenußscheine 253
Agio, passivischer Ausweis 238
Aktiengattungen, Gestaltungsfreiheit nach britischem Recht 162
Aktiengattungen, Gestaltungszwang 162
Dividendenanspruch als Fremdkapital 173
Earnings per Share 197
effektiver und nomineller Beteiligungswert 189
Einlage vor Kapitalerhöhung, Buchung als Fremdkapital 268
Einlageforderung, Buchung als aktuelles Eigen- oder Fremdkapital 268
Einziehung nach Kapitalherabsetzung 262; 269
Equity Shares 163; 172ff.
Genehmigtes Kapital 263
Genehmigtes Kapital und Bezugsrechtsausschluß 275
gesetzliches Bezugsrecht auf neue Aktien 189f.; 252; 264ff.
gesetzliches Bezugsrecht auf neue Genußscheine 189f.
Grundsatz gleichrangiger Beteiligung 203
Huckepack-Emissionen 361
Kapitalerhöhung, Entscheidungskompetenzen 263ff.
Konkurrenzverhältnis zum Genußkapital 253ff.
Nennwert, Verhältnis zur Grundkapitalziffer 189f.
nennwertlose – 190
Non-Equity Shares 163ff.; 172ff.
Pari-Passu-Grundsatz 203
Partly Paid Shares 307
posterioritätische Rangbestimmungen 206
pre-emption rights 264
Prinzip der linearen Ergebnisbeteiligung 189
Quotenaktie 190
Redeemable Shares 261f.; 269f.; 272; 372
rückerwerbbar – 261
Shareholder Value 197
Stückaktie 190
Verwässerungsschutz 189
- Aktienrechtlicher Anlegerschutz** 27ff.
Abwanderungsoptionen 30; 40
Auskunftsrechte des Aktionärs 29f.
free riding 30
Klagerechte des Aktionärs 29
organgestützte Geschäftskontrolle 28ff.
richterliche Rechtskontrolle 28ff.
und Unternehmensverhaltensordnung 28ff.
Vetorecht des Aktionärs 29
- Aktienzinsen** 61; 63f.; 96
- Aktuelles Eigenkapital** *siehe* Eigenkapital
- Aktuelles Fremdkapital** *siehe* Fremdkapital
- Aktuelles Kapital** 101 *siehe* auch potentielles Kapital
nach statischer/dynamischer Bilanzauflassung 101
- Allgemeine Geschäftsbedingungen**
richterliche Inhaltskontrolle 47ff.
- Anhang**
als Informationsträger im Sinne des Wahrheitsgebotes 115f.
Beschreibung von Eigenkapitaltiteln im – 266f.; 271; 275
Fremdkapital, Zins- und Tilgungsbedingungen 217

- Informationsgehalt 111f.
 Potentielles Eigenkapital im – 267f.
- Anlageberatung** 405ff.; 452ff.; 460ff.
 als Nebendienstleistung 406; 460
 Alternativinvestitionen, Aufklärung über – 453f.
 anlagegerechte Beratung 423
 Anlagerisiken, Aufklärung über – 454f.
 Anlagevermittlung, Abgrenzung 405f.
 anlegergerechte 421ff.
 Aufklärungspflicht 461
 Bankheimis 461f.
 „Bond-Anleihe“ – Urteil des BGH 421ff.; 453ff.
 Bonitätsrisiko, Aufklärung über – 456f.
 Börseninformationsdienste 406f.
 „Chinese Walls“ 462
 Effektenhandel, Abgrenzung 405f.
 Execution-Only-Customer 453
 Geschäftsrisiko, Aufklärung über – 457f.
 Informationsbeschaffung, notwendige 455f.
 Informationsprogramm 453ff.
 Know Your Customer 453
 Liquiditätsanalyse 456
 Nachforschungspflichten 458; 461
 Organisationspflichten 462
 Stille Reserven, Aufklärung über – 458
 Übernahme geprüfter Daten 458
 Universalbankensystem, Bedeutung für Bemessung der Sorgfaltspflichten 461ff.
 Verschuldungsgrad, Aufklärung über – 456
 Verwässerungsrisiko, Aufklärung über – 457
 Wohlverhaltensregeln 406; 453ff.
- Anlagepublizität** 397ff.
 Übergang von der – zur Marktpublizität 435
 Verhältnis zur Kontrollpublizität 89f.
 Verhältnis zur Unternehmenspublizität 56
- Anlagevermittler**
 eingeschränkte Verantwortlichkeit der – 47
- Anlagevermittlung** 399ff.
 als Finanzdienstleistung an den Emittenten 399
 als Nebendienstleistung 460ff.
 Execution-Only-Business 400f.
 Sorgfaltspflichten 422ff.
 und Anlageberatung, Unterschiede 459f.
 und Wohlverhaltensregeln 399f.
- Anleger**
 Abwendung vom Einlagengeschäft 20
 als finanzwirtschaftlicher Investor und Unternehmensgesellschafter 22
 als Gesellschaftertypus 15ff.
 als Gläubigertypus 18ff.
 als Obligationär 18ff.
 als Publikumsaktionär 15ff.
 als Teilnehmer am Spekulations- und Sicherungsgeschäft 24ff.
 als Typus 18
 als Verbraucher 48ff.
 Leitbild des fachkundigen – 424f.; 435f.; 453
 und „institutionelle“ Investoren 18
 und Anleger 23; 114
 und Unternehmensgesellschafter 18
 Unterlegenheit 18
- Anlegerschutz**
 aktienrechtlicher – *siehe* dort
 Anlässe und Ziele 26
 durch Abbau von Informationsasymmetrien 27ff.
 durch Abbau von Machtasymmetrien 27
 durch Gestaltungszwang am Kapitalmarkt 47ff.; 164ff.
 haftungsrechtlicher – *siehe* dort
 kapitalmarktrechtlicher – *siehe* dort
 Objektbezogenheit des – 23; 249f.; 297
 und Gläubigerschutz, Zielkonflikte 19ff.
 und Minderheitenschutz 17
 und Verbraucherschutz 23; 47ff.
 Verhältnis zum Konzernrecht 22
 vermögensorientierter – *siehe* dort
- Anleiheemission**
 Genehmigungsfreiheit 20
- Anleihen** *siehe* auch kombinierte Kapitalpositionen
 Aktienindexanleihen 230
 Annuitätenanleihen 292
 Asset Backed Securities 281f.
 Auslandsanleihen 223f.
 Bull Floating Rate Note 228
 Bull and Bear Bonds 231
 Call Option 283
 Capped Floater 229
 Capped Floating Rate Notes 289
 CAT Bonds 233
 Certificates of Deposit 287
 Collared Floater 229
 Convertible Floater 230
 Count Down Floater 227
 Depositenzertifikate 287
 Discount Bonds 246ff.
 Doppelwährungsanleihen 224f.
 Drittwährungsanleihen 223

- Drop Lock Floater 230
 Dual Currency Bonds 224f.
 Dual Index Floating Rate Notes 227
 Dual Mixed Currency Bond 224
 Ecu Anleihe 225
 Eurobonds 225; 287
 Euronotes 287
 Ewige Anleihen 97ff.; 241
 Extensible Bonds 292
 Floating Rate Notes 226ff.; 289; 291
 Floor Floater 229
 Foreign Currency Bonds 222f.
 Fremdwährungsanleihen 222f.
 Full Index Linked Anleihen 223
 Gewinnschuldverschreibung 187f.
 Graduated Rate Coupon 246
 Heaven and Hell Bonds 220; 224
 Income Bonds 163; 177f.; 179
 Index Currency Option Notes 222
 Index Linked Bonds 230
 Indexanleihen 223
 indizierte, Genehmigungsvorbehalt 220
 Industrieobligation 20
 Junk Bonds 231; 293
 Katastrophenanleihen 233
 Kombizinsanleihe 245
 Kündigungsrecht des Anlegers 283ff.
 Kündigungsrecht des Emittenten 283ff.
 Laufzeitvereinbarungen 283ff.
 Medium Term Notes 291
 Mini Max Floater 229
 Mismatch Anleihen 228
 mit Besicherung 284f.
 mit Mindestverzinsung 220f.
 mit Zinsdeckel 220f.
 mit Zinsgarantie 220
 Must Bond 224
 Niedrig Coupon Anleihen *siehe* Discount Bonds
 Nikkei Index Anleihen 230
 Null Coupon Anleihen 244 *siehe* auch Zero Bonds
 Participating Interest Bonds 187f.
 Partly Paid Bonds 306
 Perpetual Bonds 97; 100; 241
 Perpetual Floating Rate Notes 241; 291
 Promissory Notes 287
 Put Option 283
 Referenzzinssätze des Geldmarktes 226f.
 Repackaged Perpetual Bonds 242
 Retractable Bonds 292
 Reverse Dual Currency Bonds 225
 Reverse Floater 228
 Rolling Rate Notes 228
 Secured Debentures 284
 Serial Bonds 292
 Serial Floating Rate Notes 291
 staatliche Rentenpapiere 21
 Staffelanleihen 246
 Step Down Issue 227
 Step Up Issue 227
 Stepped Bonds 246
 Straight Bond 246; 291
 Stripped Bonds 248f.
 Teilzahlungsanleihe 306
 Treasury Index Notes 222
 Undated Floating Rate Notes 291
 Yield Curve Adjustable Note 228
 Zero Bonds, Abzinsungstyp 244ff.
 Zero Bonds, Aufzinsungstyp 244ff.
- Arbitragegeschäfte**
 Abgrenzung zu Spekulations- und Sicherungsgeschäften 26
 Änderung in Spekulations- oder Hedgegeschäfte 343
 echte Pensionsgeschäfte 320ff.
 Handelbarkeit (fehlende) 312ff.
 Merkmale 26; 300; 311ff.
 Raumarbitrage 311
 Sale and Option to Resell Transaction 321
 Sale and Repurchase Transactions 320ff.
 Swappeschäfte *siehe* dort
 und Hedgegeschäfte, Abgrenzung 312
 und Kapitalanlagegeschäfte, Gegensätze 312f.
 unechtes Pensionsgeschäft 321
 Zeitarbitrage 311
- Asset Backed Securities** 281f.
- Aufgeld** 99 *siehe* Begebungsgagio, *siehe* Agio
- Aufgeld auf Fremdkapitaltitel** *siehe* Begebungsgagio
- Ausschüttungspolitik**
 Einfluß auf den Kurswert 19; 33; 75
 Irrelevanztheorem 19
 Vollausschüttungshypothese bei Unternehmensbewertung 96
- Ausschüttungszwang** 61 *siehe* Thesaurierungsverbote
- Bankbilanzen**
 Aktivierung schwebender Terminpositionen 213ff.
 Aufbau, Besonderheiten 108
 Bewertungseinheiten in – 340
 Bildung stiller Reserven 128
 Bildung stiller Vorsorgereserven 113f.; 128ff.

- Devisentermingeschäfte in der – 317ff.; 320; 334
 Einlegerschutz, Konflikte mit Zielen des Anlegerschutzes 128f.
 Fremdwährungsschulden, Erfassung von Umrechnungserträgen 142ff.
 Fremdwährungsschulden 213ff.
 Hedge-Accounting 213ff.
 Liquiditätsausweis 145
 Marking-to-Market-Methode 213ff.
 Pensionsgeschäfte in der – 320ff.
 Rangrücktrittsvereinbarungen 181
 Sicherungsgeschäfte in der – 341f.
 Sonderposten für allgemeine Bankrisiken 135
 Substanzerhaltung 113f.
 Überkreuzkompensation 128
 Vorsorgereserven 128
- Bankbilanzrichtlinie** 41; 113f.; 128ff.; 320ff.
- Banken**
 als Finanzintermediäre 37
 als Handelsintermediäre 37
 als Marktintermediäre 37f.
 Clearingfunktion der – 37f.
 Commercial/Investment Banking 23
 Funktionswandel durch Kapitalverbriefung 23
 Spezialisierungsvorteile der – 38
- Bankenaufsicht** 52ff.
 Einfluß auf die Entmediatisierung 52f.
 Erstreckung auf das Investment Banking 52f.
 Grundsätze ordnungsmäßiger Unternehmensfinanzierung *siehe* dort
 Schutzzweck 53
- Bankgeheimnis** 461ff. *siehe* auch Informationssicherung durch Geheimhaltung
 Whistle Blowing 463
- Befristung**
 im wirtschaftlichen Sinne 97; 232
 Laufzeitvereinbarungen 97ff.
- Begebungsagio**
 Passivierung als Verbindlichkeitsrückstellung 207; 238
 und Stillhalteprämie, Parallelen 207
 Verwendung für Sicherungsgeschäfte 209ff.
- Besserungsabreden** *siehe* Besserungskapital, *siehe* auch Sanierung
- Besserungskapital** 240ff.
 Passivierungspflicht 240
- Besserungsschein** *siehe* Besserungskapital
- Bewertungseinheit, bilanzielle** 211 *siehe* Finanzierungszusage, Prolongation befristeten Kapitals, *siehe* auch Sicherungsgeschäfte, Wertkompensation
- Bilanz** 88 *siehe* auch Bilanztheorien
 Ausschüttungssperrfunktion der – 80
 dualistische – 88
 dynamische – 88
 Informationsfunktion der – 80
 totale 88f.
- Bilanz als Träger statischer und dynamischer Vermögensdaten** 91
- Bilanzgewinn**
 und Jahresüberschuß 259
- Bilanzierung**
 Optionsprämie als Gegenstand potentiellen Eigenkapitals, statischer Ausweis 370
- Bilanzierungshilfen** *siehe* potentielles Eigenkapital, Bilanzierung
- Bilanzrecht, britisches** 117 *siehe* auch Europäisches Bilanzrecht
 Accounting Standards Committee 117
 Richtlinienggebung, Unterschiede zum deutschen Recht 117f.
 Statements of Standard Accounting Practice 117
 substance over form 117
- Bilanzrichtlinie** 41ff.; 106ff.
 Direktwirkungslehre des EuGH 118f.
 Einblicksgebot, Generalklausel 106ff.
 Transformation in innerstaatliches Recht 115
 Verhältnis zu den nationalen Bilanzrechtsordnungen, Mindestnormtheorie 118f.
- Bilanztheorien**
 Bewegungsbilanzen 79f.
 dualistische – 88
 dynamische – 77; 101
 dynamische Bilanzen 82ff.
 finanzwirtschaftliche Plan- und Erfolgsrechnungen 79f.
 kapitaltheoretische Bilanzmodelle 77f.; 83f.
 nominale – 73
 ökonomischer Gewinn 77; 84
 organische – 84f.
 statische Bilanzen 82ff.
 Tageswertrechnung 83
 Wachstumssicherungsrücklage 85
- Bonds** *siehe* Anleihen
- Bond-Stripping** 248 *siehe* auch Anleihen, Stripped Bonds
- Börseninformationsdienste** *siehe* Anlageberatung

- Börsenprospekt** *siehe* Emissionspublizität
- Börsentermingeschäfte** *siehe* Termingeschäfte
- Börsenzulassung**
Zulassungsstelle, Prüfungskompetenz der – 458f.
- Börsenzulassungsprospekt, Inhalt** *siehe* Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Kapitalmarktrecht, *siehe* auch Wahrheitsgrundsatz, kapitalmarktrechtlicher
- Börsenzulassungspublizität** 16
- Call** *siehe* Optionen
- Call Option** *siehe* Kündigungsrecht
- Caps** 220 *siehe* Anleihen mit Zinsdeckel, *siehe* auch Garantiegeschäfte
Interest Rate Caps 229
- Cash-flow-Analyse** *siehe* Zahlungsstromanalysen
- Clearing**
Swapgeschäfte 346
Termingeschäfte 331f.
- Clearing-Verfahren**
als Alternative zum Sekundärhandel 25f.
Handelbarkeit 25
Liquidität durch – 25f.
- Collars**
Interest Rate Collar 229
- Conduct of Business Rules** 401
- Corporate Governance** 28
- Coupon Spread** 227 *siehe* auch Zinsaufschlag, *siehe* auch Spread
- Derivate** 300 *siehe* Finanzprodukte, derivative
- Devisentermingeschäft** *siehe* auch Swapgeschäfte
Begriff 321f.
- Differenzgeschäfte** *siehe* Termingeschäfte
- Direktgeschäfte** 328ff.
als Handelsobjekte 330f.
Bilanzierung, Einheits- und Trennungstheorie 332ff.
Commodity Futures 329
Financial Futures 329
Finanzterminkontrakte 329
Index-Futures 329
positionssichernde –, Deckungsfähigkeit 336ff.
positionssichernde –, Bilanzierung 335ff.
spekulative –, Bilanzierung 331ff.
Währungs-Futures 329
Warenterminkontrakte 329
Zins-Futures 329
- Disagio**
aktivischer Ausweis 207f.
aktivischer und passivischer Ausweis 247ff.
passivischer Ausweis 207f.; 219
und Rückzahlungsagio, Abgrenzung 244f.; 248
- Dividenden**
Ähnlichkeit mit Festzinsen 19
Einfluß auf den Kurswert 19
- Dividendenanspruch**
Abschlagszahlungen 251
Umwandlung von Eigen- in Fremdkapital 237
- Dividendengarantie** *siehe* Typologie der Kapitalwertermittlung
- Drittes Finanzmarktförderungsgesetz** 44
- Drohverlustrückstellungen**
als antizipative Rechnungsabgrenzungsposten 101f.
- Effektenhandel**
und Emissionsgeschäft 404
Wohlverhaltensregeln für – 404
- Effektenhändler** 403f.
- Effektives Kapital** *siehe* Eigenkapital
- Eigenkapital** 93 *siehe* auch Kapitaltypologien, *siehe* auch Typologie
Abgrenzung vom Fremdkapital 93ff.
Eigenkapital, aktuelles 122
aktuelles –, Merkmale 104
aktuelles –, typologische Ordnung 159ff.
als effektives Kapital 95
als Nominalgröße bei der Einlageerbringung 96
als Residualgröße 95
als Typus 93f.
Ausstattungsniveau 87; 91
bankaufsichtsrechtlicher Eigenkapitalbegriff 170
Eigenkapitalziffer, nominelle 87f.
Größenverhältnis zum Fremdkapital, Leverage-Effekt 78
Grundkapital 87
Grundsatz der Nichtpassivierung 164
Mindestausrüstung mit – 85ff.
Passivierung, Sinn und Zweck 163ff.
potentielles –, Merkmale 104
potentielles –, typologische Ordnung 159ff.
rechtliche/wirtschaftliche Merkmale 93ff.
Rentabilität 78
Varianten, Erläuterungen im Anhang 197
Verhältnis zum Fremdkapital, Interessenkonflikte 90f.

- Eigenkapital, passivischer Ausweis** 130ff.
 Ausschüttungssperrfunktion 132ff.
 Dispositive Eigenkapitalfonds 130ff.
 Fixe Eigenkapitalfonds 130ff.
 Gewinnrücklagen 133f.
 Grundkapital 130ff.; 251; 274
 Kapitalherabsetzung, effektive 131f.; 257f.
 Kapitalherabsetzung, nominelle 131f.
 Kapitalrücklagen 132ff.
 Kapitalrücklage für eigene Anteile 131
 Mindestkapital 130; 258; 274
 Neubewertungsrücklage 134
 Nominal- statt Effektivkapital 130
 Sonderposten für allgemeine Bankrisiken 135
 variable Eigenkapitalfonds 134f.
- Eigenkapital, Vermögensausweis** 121
- Eigenkapital, Vermögensbewertung** 121ff.
 Abschreibungsverbote 125
 Alternative Accounting Rules 122ff.
 Anlagevermögen: Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswert 122ff.
 Anschaffungswertprinzip 121ff.
 außerplanmäßige Abschreibungen 127
 Beteiligungen, Bewertung at equity 124f.
 Bewertung nach Wiederbeschaffungspreisen, Current Cost Accounting 122ff.
 Bildung stiller Reserven 122ff.
 Gewinnrealisierung bei langfristiger Fertigung 126
 Herstellungskosten, Aktivierung von – 125f.
 Inflationsbereinigte Bewertung 122ff.
 Matching Principle 122
 Niederstwertprinzip 121ff.
 planmäßige Abschreibungen 123
 Realisationsprinzip 121ff.
 steuerliche Abschreibungen 127
 Vorräte, vereinfachte Bewertung 126f.
 Vorsichtsprinzip 121ff.
 Wertaufholungsgebot 125
- Eigenkapitalgeber**
 Entscheidungskompetenzen in bezug auf den Fortbestand der eigenen Kapitalposition 251
 Entscheidungskompetenzen, Aufteilung unter den – 249ff.
 Entscheidungskompetenzen, Ergebnisverwendung 259
 Entscheidungskompetenzen, Finanzierung 257ff.
 Entscheidungskompetenzen, Investitionspolitik 256f.
 Entscheidungskompetenzen, Übertragung an die Gesellschaftsorgane 256ff.
- Informationsinteresse 90f.
 Interessenkonflikte zwischen Aktien- und Genußkapital 205f.
 Kapitaldispositionen, Systematik der – 250
 Kapitalerhöhung, Verwässerungsschutz 251f.
 Kapitalherabsetzung, Einschränkung der Dispositionsfreiheit 251
 Verhältnis zu anderen Eigenkapitalgebern, Konkurrenzkonflikte 160ff.; 189ff.; 249ff.
 Verhältnis zu Fremdkapitalgebern, Kollisionskonflikte 160ff.
 Verwässerungsrisiko 251
 Wirtschaftlichkeitsinteressen 160
- Eigenmittelrichtlinie** 52
- Einzelabschluss**
 Umstellung auf IAS 120
- Emissionspublizität** 16; 441ff.
 behördliche Zulassungsprüfung, Prerogative der – 459
 Börsenprospekt, Inhalt 441ff.
 Nachtragsprospekt 447
 Offenlegung stiller Reserven 442ff.
 Plandaten als Gegenstand der – 445ff.
 Stichtagsprinzip, Einhaltung des – 446f.
 Tatsachen, wertbeeinflussende und wert-aufhellende – 446f.
 Übernahme geprüfter und testierter Daten 446
- Erste Börsenprospekt-Richtlinie** 16
- Europäisches Bilanzrecht**
 angelsächsische und kontinentaleuropäische Rechnungslegung, Ziel- und Regelungskonflikte 114ff.
 Bankbilanzen 128ff.
 Britisches und deutsches Bilanzrecht, Unterschiede 118ff.
 Harmonisierung nationaler Rechtsordnungen 112ff.
 nationale Wahlrechte 112f.
- Fazilitäten** 288ff.
 Commercial Papers 288
 ECP-Programme 288f.
 Non Underwritten Facilities (NUFs) 288
 Note Issuance Facilities (NIFs) 288
 Revolving Underwriting Facilities (RUFs) 288
 und Floating Rate Notes, konzeptionelle Ähnlichkeiten 289
 und Roll-Over-Kredite, konzeptionelle Ähnlichkeiten 289
 Underwritten facilities 287
- Festwertverfahren** 212 *siehe* Sicherungsgeschäfte, Hedge-Accounting

- Finanzdienstleister**
 Arten der – 46f.
 Haftung der – 46f.
 marktliche Funktionen der – 46f.
- Finanzierung**
 Grundsätze ordnungsmäßiger Unternehmensfinanzierung 52
- Finanzierungszusage**
 als schwebendes Geschäft 278; 301; 306f.
 Prolongation befristeten Kapitals, bilanzielle Bewertungseinheit 278
- Finanzinnovationen** *siehe* Finanzprodukte
- Finanzmärkte**
 Futurisierung 24
 Globalisierung 20
 Primärmärkte 298
 Sekundärmärkte 298
- Finanzprodukte** 23ff.; 297ff.
 Arbitragegeschäfte *siehe* dort
 derivative – 300
 Derivate und Mischformen 159ff.
 Einfluß der – auf die Kapitalstruktur 297
 Emissionskosten, Einfluß auf die Bilanzierung 167
 Fungibilität 297
 Investitions- und Austauschgeschäfte 297ff.
 Kassageschäfte und Zeitgeschäfte, Abgrenzung 298
 mit eingebauten Hedgeeffekten 208
 Passivierung des Rückzahlungs- oder Ausgabebetrages 167
 Rückkauf von Anleihen 168f.
 Sicherungsgeschäfte *siehe* dort
 Spekulationsgeschäfte *siehe* dort
 Termingeschäfte, Unterscheidung von Kassa- und Zeitgeschäften 299; 321f.
 typologische Ordnung 159ff.
 und Bankeinlagen 24
 und Fondsanteile 24
 verbotene –, Bilanzierungsfähigkeit 48; 164
 Zeitgeschäfte und Kassageschäfte, Abgrenzung 298
- Floors** *siehe* auch Anleihen mit Mindestverzinsung, *siehe* auch Garantiegeschäfte
 Interest Rate Floors 229
- Forward Contracts** *siehe* Zeitgeschäfte
- Fremdkapital** *siehe* auch Kapitaltypologien, *siehe* auch Typologie
 Abgrenzung vom Eigenkapital 93ff.
 Abzinsungsverbot 167f.
 aktuelles – 135
 aktuelles –, Merkmale 104
 aktuelles –, typologische Ordnung 159ff.
 als nominelles Kapital 95
 als Residualgröße im Überschuldungsstatus 96
 als Typus 93f.
 Besicherungsvereinbarungen 218
 Denominierung in fremder Währung 215f.
 Disintermediation 21; 288f.
 Einfluß der Bankenaufsicht auf die Disintermediation 52f.
 Entmediatisierung 21; 23
 Floating Charge 218
 Indexierung, Spekulations- und Sicherungszwecke 216
 Kapitaldispositionen, Systematik der – 277
 potentiell –, Merkmale 105
 potentiell –, typologische Ordnung 159ff.
 rechtliche/wirtschaftliche Merkmale 93ff.
 Securitization 20; 23
 Substanzerhaltung 167
 Varianten nomineller Ergebnisermittlung 215ff.
 Verbriefungstendenz 20
 Verhältnis zum Eigenkapital, Interessenkonflikte 90f.
- Fremdkapital, passivischer Ausweis** 141ff.
 Abzinsungsverbot 167f.
 aufschiebend und auflösend bedingte Verbindlichkeiten 185f.; 236
 Befriedigungsquoten im Insolvenzfall 217f.
 Drohverlustrückstellung, Verhältnis zum Einzelbewertungsgrundsatz 208
 Fremdwährungsverbindlichkeiten 141ff.
 Fremdwährungsverbindlichkeiten, Neutralisierung des Wechselkursrisikos durch Devisentermingeschäft 211
 Höchstwertprinzip 141ff.; 234f.
 künftige Zahlungsverpflichtungen, Rückstellungen bei wirtschaftlicher Verursachung 185f.
 passivische Werterhöhung 168f.
 Verbindlichkeiten 141ff.
 Verbindlichkeiten, Abgrenzung zur Verbindlichkeitsrückstellung 186f.; 233ff.
 Verbindlichkeiten, Fristigkeiten 280; 287
 Verbindlichkeiten, Restlaufzeiten 144f.; 280
 Verbindlichkeiten, Tilgungsstruktur 282ff.
 Verbindlichkeiten, Ursprungslaufzeiten 145
 Verbindlichkeiten, Zinskonditionen 280
 Verbindlichkeitsrückstellungen, Abgrenzungsfragen 233ff.

- Vorsichtsprinzip 141ff.
 Vorsichtsprinzip, Spannungsverhältnis zum Matching Principle 143f.
 Vorsichtsprinzip, Spannungsverhältnis zum Stichtagsprinzip 142f.
 Währungsumstellung auf Euro 141
 Wertzuwachsvergütung, Abgrenzung vom Rückzahlungsagio 243f.
 Zins- und Wertvariablen, Erläuterung im Anhang 217
- Fremdkapital, Vermögensbewertung in der Insolvenz** 135ff.
 Abwicklungs- und Sanierungsziele 136
 Break-Up-Prinzip 136f.
 Fortführungswerte 136f.
 Going Concern-Prämisse 136f.
 Liquidationswerte 137
 Überschuldungsstatus *siehe* dort
 Zerschlagungswerte 136f.
- Fremdkapitalgeber**
 Informationsinteresse 90f.
 Sicherheitsinteressen 160
 Verhältnis zu anderen Fremdkapitalgebern, Konkurrenzkonflikte 160ff.; 277ff.
 Verhältnis zu Eigenkapitalgebern, Kollisionskonflikte 160ff.
- Fungibilität der Kapitalgeberrechte** 22f.; 297
- Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes** 34ff.
 Agency-Kosten 34ff.
 alloкатive Funktionsfähigkeit 31ff.
 institutionelle Effizienz 32; 38
 operative Funktionsfähigkeit 31ff.
 Optimierung der Kapitalausstattung und Kapitalnutzung 31ff.
 Transaktionskosten 31ff.
- Futures Contracts** *siehe* Termingeschäfte
- Garantiegeschäfte** 374ff.
 als Versicherungsgeschäfte 376
 Collar 379
 Corridor 379
 Differenzeinwand 376
 Garantieprämie und Optionsprämie, Parallelen und Unterschiede 376f.
 Garantieprämie, Bilanzierung 376f.
 Handelbarkeit 375
 Hedge-Accounting 378f.
 Participating Cap 379
 Rückkaufsrechte 378
 Spieleinwand 376
 Standardisierung 375f.
 Stripped Caps 374f.
 Stripped Floors 374f.
 und Swappeschäfte, Parallelen und Unterschiede 378
 Zero Cost Cap 379
 Zero Cost Collar 379
- Geldmarkt** 226ff.
 ERE-Anleihen 226
 EURCO-Anleihen 226
 Geldmarktpapiere 226ff.
 Referenzzinssätze 226ff.
 SZR-Anleihen 226
- Generalklausel des §264 Abs.2 HGB**
 Reformvorhaben 116
 Unterschiede zum europäischen Recht 115ff.
- Generalklausel, bilanzrechtliche** 106ff. *siehe* auch Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 Wahrheitsgrundsatz 106
- Generalklausel, kapitalmarktrechtliche** *siehe* Wahrheitsgrundsatz, *siehe* auch Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- Genußkapital** 385 *siehe* auch kombinierte Kapitalpositionen
 Agio, passivischer Ausweis 192; 238
 Agiotage 100
 aktiengleiches oder aktienähnliches –, Zulässigkeit 164
 als Eigen- oder Fremdkapital, Abgrenzung 93
 als „genehmigtes Genußkapital“ 263f.
 Ausstattungsbedingungen, Wiederauffüllungsklausel 192f.
 Beteiligung am Jahresüberschuß oder Bilanzgewinn 195ff.; 262; 271; 274
 Beteiligung am Konzernergebnis 202
 Beteiligung am Liquidationserlös 100; 175; 239f.
 Beteiligung nach Maßgabe der Eigenkapitalrentabilität 203
 Beteiligung nach Maßgabe der Gesamtkapitalrentabilität 204f.
 Beteiligung nach Maßgabe der Umsatzrentabilität 205
 (kein) Bezugsrecht auf neue Aktien 264
 Einbringung von Sach- oder Immaterialgütern 303ff.
 Einstellung in die Kapital- oder Gewinnrücklagen 191
 Entscheidungskompetenzen, Ergebnisverwendung 262; 271
 entziehbares – 97ff.
 Genußrechte ohne Einlage 306
 Genußrechte societatis causa 306

- gesetzliches Bezugsrecht auf neue Genußscheine 264f.
 Gestaltungsfreiheit, Alternative zur Aktie 163
 Gleichbehandlung mit Aktienkapital 203
 in der Sanierung, Verhältnis zum Aktienkapital 275f.
 Kapitalerhöhung, Entscheidungskompetenzen 263ff.
 Klöckner-Urteil des BGH 275f.
 Konkurrenzverhältnis zum Aktionärskapital 253ff.
 Kopplung an Grundkapitalziffer, vertragliche 258f.; 274
 Kündigungsrecht des Emittenten 274
 Kündigungsrecht des Genußberechtigten 258; 270; 273
 Kündigungsrecht, beiderseitiges 273
 Kündigungsrechte des Emittenten 258f.
 Laufzeitvereinbarungen 258f.; 273
 mit dividendenabhängiger Gewinnbeteiligung 272
 mit gewinnabhängiger Kapitalvergütung 177; 184f.
 mit Mindestverzinsung 176f.
 Mitarbeiterbeteiligung 175
 nachrangiges – 180ff.; 240
 nachrangiges – mit Dividendengarantie 183
 nicht eingelöstes –, Passivierungsverbot 307
 nominelle oder effektive Wertfortschreibung 191 ff.
 Optionen als Genußrechte 361f.
 Passivischer Ausweis als gesonderter Nominalposten 191 ff.; 252f.
 posterioritätische Rangbestimmungen 199f.; 206
 Prioritätische Vorzugsrechte 200f.
 proportionale Angleichung an das (erhöhte) Grundkapital, gesetzliche 253ff.; 265
 Rückzahlungsbetrag, Kopplung an den Aktienkurswert 183f.
 Rückzahlungsbetrag, Kopplung an den Börsenkurs 183
 unbefristetes – 242
 und Grundkapital, Unterschiede, keine Analogiefähigkeit 191f.; 252f.
 und Unterbilanz 192
 Unterpariemiission, Ausweis des Disagio 192
 Verwässerungsschutz bei Kapitalerhöhung 253f.; 264f.; 275f.
 verzinsliches –, mit erfolgsabhängiger Tilgungsverpflichtung 185f.
 verzinsliches –, mit voller Verlustbeteiligung 184f.
 Vorzugsrechte mit Anrechnungs- oder Auffüllungsvorbehalt 178f.
 Wertzuwachsvergütung 271
Genußrecht *siehe* Genußkapital
Genußschein *siehe* Genußkapital
Geschäftsbericht *siehe* Lagebericht
Geschäftsrisiken
 Offenlegung im Jahresabschluß 81ff.
 und Kapitalerhaltung 81
Geschäftsrisiko
 Kapitaltypologische Irrelevanz 160
 und Kapitalstrukturrisiko 76
Gesellschaftsrecht
 Verhältnis zum Kapitalmarktrecht 16f.
Gesetzliche Rücklagen 133
Gewinn- und Verlustrechnung
 als Träger retrospektiv-dynamischer Vermögensdaten 91
Gewinnschuldverschreibung
 als Genußrechtsvariante 187
Grundkapital
 Aufbringung des – 303ff.
 Einbringung von Nutzungsrechten 303ff.
 gläubigerschützende Funktion 87f.
 Signalling 87f.
Grundsätze ordnungsmäßiger Unternehmensfinanzierung
 Aufsichtsrecht für Finanzintermediäre 52ff.
 Risikodeckungs- und Risikobegrenzungsnormen 52ff.
Haftungsrechtlicher Anlegerschutz
 Anreiz- und Entlastungsfunktionen des Haftungsrechts 45ff.
 Ausgleich des negativen (Vertrauens-)Interesses 43f.
 Ausgleich des positiven (Erfüllungs-)Interesses 42f.
 bei Finanzdienstleistungen 43ff.
 bilanzrechtliche Haftung 43ff.
 deliktische und rechtsgeschäftliche Haftungsgrundlagen 44ff.
 Europäische Reformansätze 46
 „Lagertheorie“ des BGH 43ff.
 nach Common Law 42f.
 Prospekthaftung 43ff.
 Risikoumschichtung durch 41ff.
Halbjahresberichts-Richtlinie 16
Handelsbilanz
 und Steuerbilanz, umgekehrte Maßgeblichkeit 125
Handelspublizität 16; 447ff.
 Befreiungsmöglichkeiten 449ff.

- Halbjahresberichte 447ff.
 stille Reserven, keine Offenlegung 452
 Veröffentlichungspflicht mit Befreiungsvorbehalt 449
 weiche Informationen als Objekt der – 450f.
- Hedge-Accounting** *siehe* Sicherungsgeschäfte
- Hedging** 25f. *siehe* auch Sicherungsgeschäfte
 antizipatives – 338
 Delta-Hedging 210; 373
 Hedge Ratio 340
 Hedge-Accounting 209
 immanentes – 208; 219f.; 231; 360
 Macro-Hedge 340f.
 Micro-Hedge 340; 350; 373
 Pure Hedge 339; 350; 373f.
 Spread 373
- Höchstbetragsdividende** *siehe* Typologie der Kapitalwertermittlung
- Individualpublizität** 452ff.
- Informationen**
 im engeren Sinne 81
 prospektiv-dynamische – 92
 prospektiv-statische – 91
 Rechenschaftslegung 81
 retrospektiv-dynamische – 91
 retrospektiv-statische – 91
- Informationsasymmetrien** 36
- Informationsbeschaffung** 426ff.
 als Transaktionsleistung 426f.
 Grenzen der –, Learned-Hand-Formel 434f.
 Informationsmärkte *siehe* dort
 Kosten-Nutzen-Analyse 426ff.
 Spezialisierungsvorteile 428
 Such- und Ermittlungsaufwand 426ff.
 Verhältnismäßigkeitsvorbehalt 433ff.
- Informationsmärkte**
 als markets for lemons 431f.
 Funktionsbedingungen 429f.
 Transformationsfunktion 429
- Informationssicherung** 430ff.
 bei schwebenden Verhandlungen 440f.
 durch Geheimhaltung 438ff.
 durch Prüfung der Jahresabschlüsse 436f.
 für Prognoseangaben und Werturteile 437f.
 Kosten-Nutzen-Analyse 430ff.
 Prüfungstestat, Prerogative des – 437; 446
 Übernahme geprüfter Daten 437
 weiche und harte Informationen 439ff.
- Insider-Richtlinie** 16; 433
- Insolvenz**
 Gesamtvollstreckung in der – 135ff.
 Rechnungslegung in der – *siehe* Fremdkapital, Vermögensbewertung
- Interessenkonflikte**
 Kollisionskonflikte zwischen Eigen- und Fremdkapitalgebern 161ff.
 Konkurrenzkonflikte zwischen Eigen- oder Fremdkapitalgebern 161ff.; 189ff.; 249ff.; 277ff.
 Objektbezogenheit, Interessentengruppen als Schutzadressaten 249f.
- Internationales Bilanzrecht** 119ff.
 Anlehnung an US-GAAP 119ff.
 International Accounting Standards 119
 International Accounting Standards Committee 119
 International Organisation of Securities Commissions 119
 Transformation in nationales Recht 120f.
- Investitionsgeschäfte** 297ff. *siehe* auch Finanzprodukte
 asynchrone Leistungsabwicklung 297; 301ff.
 Begründung von Kapitalpositionen durch – 300ff.
 Kapitalumschichtung durch – *siehe* dort
 Umwandlung von Kapitalpositionen durch – 307ff.
 und Arbitragegeschäfte, Abgrenzung 311ff.
 und Austauschgeschäfte, Abgrenzung 298ff.
 und schwebende Geschäfte, Abgrenzungsfragen 301ff.
 Vollbeendigung 307ff.
- Investmentfondsrichtlinie** 52
- Isolated Caps** 221 *siehe* Anleihen mit Zinsdeckel; *siehe* auch Garantiegeschäfte
- Isolated Floors** 221 *siehe* Anleihen mit Mindestverzinsung; Garantiegeschäfte
- Jahresabschluss** *siehe* auch Einzel- und Konzernabschluss
 als Grundlage der Kapitaltypologien 159ff.
 als Informationsquelle für Finanzdienstleister 408f.
 Bestandteile, Bedeutung für die Markt- und Objekttransparenz 111f.
 Darstellung des Geschäftsrisikos 77f.; 81ff.
 Darstellung des Kapitalstrukturrisikos 78ff.
 Feststellung 259ff.

- im Börsenzulassungsprospekt 407ff.
- Informationswert der – 73ff.
- Kursrelevanz 73ff.
- nach europäischem Bilanzrecht 106ff.
- und Totalrechnung 73f.; 77
- Vergleichbarkeit 75f.; 107
- Verität 75; 107
- Jahresüberschuß**
 - Einstellung in die Gewinnrücklagen statt Ausschüttung 259ff.
 - Thesaurierung 259ff.
- Kapitaladäquanz-Richtlinie** 54
- Kapitalanlageschutz** 23
- Kapitalausstattung, Optimierungsstrategien** 60ff.
 - Abbau von Informationsungleichgewichten 71ff.
 - Abbau von Machtungleichgewichten 60ff.
 - Allokationseffizienz durch Kontrollwettbewerb 60ff.
 - Förderung von Individualrechten des Anlegers 60ff.
 - Managementkontrolle *siehe* dort
 - Open End-Prinzip 61
 - Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren *siehe* dort
 - Wettbewerb um Risikokapital 60ff.
- Kapitalbindung**
 - Dauer der – 92; 97ff.
 - Umfang der – 92
- Kapitalentzugsrechte** 61ff.; 97
 - zum Zwecke der Managementkontrolle 63
 - zum Zwecke der Refinanzierung 63ff.
- Kapitalerhaltung** 83ff.
 - durch erhöhte Abschreibungsgegenwerte 103f.; 134
 - Erhaltung der Kapitalsubstanz 81ff.
 - Erhaltung der Vermögenssubstanz 83
 - Netto-/Bruttosubstanz 84f.
 - Neubewertungsrücklage 134
 - Prinzip der nominellen – 82
 - Prinzip der realen – 82f.
 - Scheingewinne 81ff.
 - Spannungsverhältnis zur Publizität 90f.
 - Substanzerhaltungsrücklage 82; 103f.
 - und Kapitalaufbringung 88
- Kapitalgeber**
 - und Kapitalinhaber, Unterschiede 99
 - Verlust der Kapitalinhaberschaft 100
 - Verzicht auf Kapitalrückgewähr, Folgen für die Kapitalstruktur 99f.
- Kapitalinhaber**
 - und Kapitalgeber, Unterschiede 99
- Kapitalmarkt**
 - als Konkurrenzveranstaltung zum Kredit- und Investmentgeschäft 38
 - Losgrößen- und Fristentransformation 16; 38
 - Risikotransformation 39
- Kapitalmarkteffizienz** 60ff.
 - allokative – 35; 60ff.
 - durch Kontrollwettbewerb 60ff.
 - durch Qualitätswettbewerb 64
 - finaler Kostenbegriff 35
 - gemäßigte Kapitalmarkteffizienzhypothese 69f.; 72
 - und Kapitalkosten 35f.
 - kausaler Kostenbegriff 35
 - Maximierung von Transaktionsleistungen 35f.
 - Minimierung von Transaktionskosten 35f. operative – 35; 65ff.
- Kapitalmärkte**
 - als Transformationsveranstaltung 37
 - Alternative Investment Market 397ff.
 - Amtlicher Markt 397ff.
 - Freiverkehr 397ff.
 - Geregelter Markt 397ff.
 - Grauer Kapitalmarkt 23
 - Neuer Markt 398; 402
 - OTC-Markt 403
- Kapitalmarktgestützte Managementkontrolle**
 - control by exit 66
- Kapitalmarktrecht**
 - Verhältnis zum Gesellschaftsrecht 16f.
- Kapitalmarktrechtliche Regulierungsziele** 424ff.
 - Informationsabbau 425ff.
 - Informationsbeschaffung *siehe* dort
 - Informationsergänzung 424ff.
 - Informationsneutralität 425ff.
 - Insiderhandel, Bekämpfung des – 432f.
 - Schweigepflichten 432f.
 - Verhaltenspflichten, Kosten-Nutzen-Analyse 426ff.
- Kapitalmarktrechtliche Verhaltenspflichten** 430ff.
 - Hinweis- und Warnpflichten 425ff.
 - Know Your Customer – Regel 435
 - Nachforschungspflichten 430ff.
 - Schweigepflichten 425
- Kapitalmarktrechtlicher Anleger-schutz** 30ff. *siehe* auch Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes
 - Abwanderungsoption 66ff.; 80ff.
 - Effizienzbetrachtung 30ff.; 60ff.

- Funktionen- und Individualschutz 30ff.
- Kostenausgleich 36
- Kostenprävention 36; 80f.
- Renditeziele des Anlegers 32f.
- Rentabilitäts- und Renditestreben, Zielkonflikte 33f.
- Kapitalnutzung, Optimierungsstrategien** 65ff.
 - Abbau von Informationsungleichgewichten 80ff.
 - Eigen- und Fremdkapital, Agency-Konflikte 66ff.
 - Eigen- und Fremdkapital, komparative Kostenvorteile 67ff.
 - Eignertheorie 66f.
 - Kapitalerhaltungskonzepte 68ff.
 - Kapitalnutzungsrechte 68
 - Koalitionstheorie 67; 84
 - Minimierung von Eigen- und Fremdkapitalkosten 66ff.
 - Principal-Agent-Doktrin 65
 - Sicherungsbedarf für Eigen- und Fremdkapital 67f.
 - voice or exit 65f.
- Kapitalpositionen** 92ff.
 - aktuelle – 101ff.
 - aktuelle und potentielle – 92
 - befristete – 97; 232f.; 236ff.
 - Bewertung und Bezifferung 95
 - derivative – 99; 232; 238ff.
 - effektive – 95ff.
 - Eigen- und Fremdkapitalpositionen 93
 - Erlöschen 103
 - nominelle – 95ff.
 - originäre – 99; 232
 - planwidrige – 237
 - potentielle – 101ff.
 - typologische Ordnung 159
 - Umqualifizierung 99
 - Umqualifizierung kraft Gesetzes 48
 - unbefristete – 97; 232ff. 236ff.
 - Zweckgebundenheit der Mittelverwendung 100
- Kapitalrichtlinie** 29
- Kapitalstruktur**
 - optimale – 68
 - Eigenkapitalkoeffizient 88
 - Eigenkapitalquote 88
- Kapitalstrukturen** 76ff.; 85 *siehe* auch Eigenkapital
 - Beteiligungsquote 160; 294
 - Bonität 160; 295
 - Darstellung in der Bilanz 108ff.
 - Elemente, typologische Ordnung 159ff.
 - Goldene Bilanzregel 85
 - horizontale Kapitalstrukturregeln 85
 - hybride – 97f.
 - informatrischer Wert für die Kapitalgeber 108ff.
 - inhaltliche und zeitliche Elemente 160ff.
 - Irrelevanztheorien 78
 - Kapitalstrukturrisiko 76; 85
 - Meßbarkeit 87
 - Mindestnormen zur Eigenfinanzierung 85ff.
 - optimale – 87
 - Rentabilitätskennziffern 204f.
 - Signalling 86
 - Verschuldungsgrad 160; 293f.
 - vertikale Kapitalstrukturregeln 86
- Kapitalstrukturrisiko** *siehe* auch Kapitalstrukturen
 - und Kapitalerhaltung 85
 - und Geschäftsrisiko 76
- Kapitaltypologien** 161 *siehe* auch Typologie
 - Ordnungskriterien 160f.
 - qualitative und quantitative Unterscheidungen 161ff.
 - System der – 159ff.
 - Umfang und Dauer der Kapitalbindung 160
- Kapitalumschichtung** *siehe* auch kombinierte Kapitalpositionen
 - Sanierung *siehe* dort
 - Umwandlung in aktuelle oder potentielle Kapitalpositionen 308ff.
 - Umwandlung von Aktien- in Genußkapital 308f.
 - Umwandlung von Anleihekapi-tal 308; 386f.
 - Umwandlung von Genuß- in Aktienkapital 308; 386f.
- Kapitalmarkt**
 - als Konkurrenzveranstaltung zum Kreditgeschäft 16
- Kassageschäfte** *siehe* Finanzprodukte
- Klößner-Urteil des BGH** 275f.
- Kombinierte Kapitalpositionen** 379ff.
 - Aktien mit Aktienoptionen 385
 - Bond Warrants 391
 - Bonds with Share Warrants Attached 381ff.; 388ff.
 - Bull and Bear Bonds 380f.
 - Bunny Bond 391
 - Capped Warrants 380f.
 - Compound Optionen 392
 - Convertible Bonds 381ff.; 390

- Convertible Bonds with Enhanced Interest 390
 Genußkapital zur Abgeltung von Aktienrechten 308
 Genußrechte mit Anleiheoption 388
 Genußrechte mit Genußrechtsoption 387
 Harmless Warrants 391
 Multiplier-Bonds 391
 Optionen auf Futures 380
 Optionsanleihen 381ff.; 388ff.; *siehe auch* dort
 Optionsgenußscheine 385
 Partly Paid Bonds 391f.
 Split Accounting 382f.
 Swaptionen 380; 392
 Swaptions 380; 392
 Synthetic Convertibles 381ff.
 Teilzahlungsanleihen 391f.
 Typenverbindungen 380ff.
 Typenverschmelzung 379ff.
 Wandelaktien 385
 Wandelanleihen 381ff.; 388ff.; 390
 Wandelgenußscheine 308; 385ff.
 Wandelschuldverschreibungen 308
 Wedding Warrants 391
- Konkursreife** *siehe* Überschuldungsstatus
- Konzernabschluss**
 Informationswert des – 75
 Kursrelevanz des – 75
- Kreditinstitute** 37 *siehe auch* Banken
 Wahrheitsgrundsatz und Einlegerschutz 113
- Kreditwesengesetz** 53 *siehe* Bankenaufsicht
- Kündigungsrechte** 238 *siehe* Typologie der Kapitalüberlassungsdauer
- Kurswert**
 Aktie 63; 72ff.; 184
 Anleihe 64
 Einfluß der Ergebnisverwendung auf den – 75
 Einfluß der Rechnungslegung auf den – 71ff.
- Lagebericht**
 Informationsgehalt 111f.
 typologischer Aussagewert 159
- Linked Presentation** *siehe* Typologie der befristeten Kapitalüberlassung, Bilanzierungseinheiten
- Liquidationserlös, Beteiligung am –** *siehe* Genußkapital, *siehe auch* Typologie der Kapitalwertermittlung bei Genußkapital 175
- Liquidität** 79
- Liquiditätsgrad**
 Darstellung in der Bilanz 108f.
- Londoner Börsenregeln** *siehe* Yellow Book
- Managementkontrolle, kapitalmarktgestützte** 62f.
 control by acquisition 62
 control by exit 62
 Kostenvor- und nachteile 70f.
 und arbeitsmarktliche Anreizsysteme 70
 und unternehmensinterne Anreizsysteme 70
- Mark-to-Market-Methode** 212 *siehe auch* Marktwertmethode
- Marktpublizität** 405ff.; 452ff. *siehe auch* Anlageberatung
 durch Anlageberatung *siehe* dort
 durch Kursnotierungen 405
 Unterschiede zur Unternehmenspublizität 41ff.
- Markttransparenz**
 durch Anlagepublizität 107
 durch Betriebsvergleiche 110
- Marktwertmethode** *siehe auch* Sicherungsgeschäfte, Hedge-Accounting
- moral hazard** 18
- Nennkapital** *siehe* Grundkapital
- Nennwertprinzip** 81
- nominelles Eigenkapital** *siehe* Grundkapital
- Nominelles Kapital** *siehe* Fremdkapital
- Notes** *siehe* Anleihen
- Objekttransparenz**
 durch Kontrollpublizität 107
 durch Periodenvergleich 110
- Obligation**
 Kurswert 33f.
- Opportunitätsgewinne**
 Aktivierbarkeit als potentielles Eigenkapital 165
- Optionen** 380 *siehe auch* kombinierte Kapitalpositionen, *siehe auch* Optionsscheine
 Aktienoptionen 352
 als Börsentermingeschäfte 362ff.
 „amerikanische“ Optionen 366; 374
 Anwartschaft auf die optierte Kapitalbeteiligung 370
 auf Genußkapital 355
 Bezugsobjekte, aktivische und passivische 352ff.
 Bezugsobjekte, Doppelnatur bei Gedeckten Optionsscheinen 357f.
 Bezugsobjekte, mögliche 350f.; 354

- Binäroptionen 352
- börsengehandelte – *siehe* Optionskontrakte
- Call 351ff.
- Clearing 351ff.
- Cliquet Optionen 352
- Digitaloptionen 352
- „europäische“ Optionen 366; 374
- Handelbarkeit 351f.
- Indexoptionen 359
- Kauf- und Verkaufsoptionen 351ff.
- keine Glattstellungsmöglichkeit 353
- mit Kapitalbezug 353
- Optionsderivate 352
- Optionskontrakte 351
- Optionsprämie, Passivierung als Kapitalrücklage nach Verfall der Option 370
- OTC Optionen 351f.
- Plain Vanilla Optionen 352
- Prämengeschäfte 366
- Put *siehe* Kauf- und Verkaufsoptionen
- Ratchet Optionen 352
- Schalteroptionen 352
- Sekundärhandel, Termineinwand 362
- Simplexoptionen 352
- Stock Options 362
- Termineinwand 362ff.
- vermögens- und kapitalbezogene – 352ff.
- Währungsoptionen 352
- Warenoptionen 352
- Zinsoptionen 352
- Optionen, Bilanzierung** 354ff.
 - Aktivierung 366
 - aktivischer Ausweis 210
 - Einheits- und Trennungstheorie 366ff.
 - Erfassung und Ausweis des Underlying 371f.
 - Hedge-Accounting 209ff.
 - Optionsprämie als Gegenstand potentiellen Eigenkapitals, statischer Ausweis 370f.
 - Optionsprämie, Ausweis als Verbindlichkeit oder Verbindlichkeitsrückstellung 368ff.
 - Optionsprämie, Einstellung in Kapitalrücklage 368ff.
 - Optionsprämie, Passivierung als Kapitalrücklage nach Verfall der Option 370f.
 - Optionsprämie, passivische Rechnungsabgrenzung 368ff.
 - positionssichernde – 372ff.
 - Risikokompensation mit Hilfe von Devisenoptionen 209ff.
 - Rücklage für eigene Anteile bei Gedeckten Optionsscheinen 358
 - spekulative – 366ff.
- Optionsanleihen**
 - Bilanzierung nach der Splitting-Methode 384; 389f.
 - Bilanzierung, Berücksichtigung des Verschmelzungszusammenhanges 383ff.
 - Niedrig-Coupon-Modell, Bilanzierung 382f.
 - Optionsprämie, Einstellung in die Kapitalrücklage 388f.
 - Passivierung 388f.
- Optionsprämie**
 - als potentielles Fremdkapital 102
- Optionsscheine**
 - abgetrennte – 353
 - Aktionoptionsscheine 352; 354
 - Basis Warrants 357
 - Basket Warrants 358f.
 - Bear Warrants 359
 - blanke – 354; 361f.
 - Bond Warrants 355; 357
 - Boost – 360
 - Bull Warrants 359
 - Call Commodity Warrants 359
 - Call Currency Warrants 359
 - Call Warrants 356
 - Capped Warrants 360
 - Covered Warrants 357f.
 - Currency Warrants 352
 - Debt Warrants 355
 - Equity Warrants 354
 - Gedekte – 357f.
 - Going Public Warrants 354
 - Gold Warrants 352
 - Hamster – 360
 - Index Warrants 359
 - Looking Back Call Warrants 359
 - Market Timing Call Warrants 359
 - Naked Warrants 354f.; 355
 - Naked Warrants, Zulässigkeit 361f.
 - auf Aktien der Muttergesellschaft 354
 - Put Warrants 356
 - selbständige – 354; 361f.
 - Splitting Warrants 357
 - Stock Purchase Warrants 354
 - Veräußerung, Termineinwand 363ff.
 - Währungsoptionsscheine 352; 359f.
 - Warenoptionsscheine 352
 - „Wünsch-dir-was-Optionsschein“ 359
 - Zeichnungsgeschäft, Termineinwand 363f.
 - Zinsoptionsscheine 352; 357
- overriding principle** *siehe* Vorrangprinzip

- Pensionsgeschäfte** *siehe* Arbitragegeschäfte
- Potentielltes Eigenkapital, Bilanzierung** 145ff.
 Abgrenzung zu realen Vermögensposten 147ff.
 Accruals-Konzept 146
 aktive Rechnungsabgrenzungsposten 146
 aktivische Ausschüttungssperren, Regelungslücken 152f.
 Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes 152f.
 bei langfristiger Auftragsfertigung 149f.
 Bilanzierungshilfen 152f.
 dynamische Erfassung 146
 Erfolgsantizipation 146f.
 Firmenwert 147
 Gleichstellung mit aktuellem Eigenkapital, Tendenzen 149ff.
 Goodwill 147
 Immaterialgüter, Aktivierbarkeit 305
 künftige Forderungen und – 147ff.
 Nettoausweis 147
 offene Einlageforderungen als aktuelles Eigen- oder Fremdkapital 268
 offene Einlageforderungen als aktuelles Eigenkapital 151; 303; 306f.
 Prinzip der gläsernen, aber verschlossenen Taschen 152
 Realisationsprinzip 146f.
 Schwebende Geschäfte, Bruttoausweis 148f.; 169
 schwebende Geschäfte, passive Abgrenzung 151
 statische Erfassung im Anhang 267f.
 Unterschiede Bilanzgewinn (accounting profit) und verteilungsfähiger Gewinn (distributable profit) 150
 Verhältnis zur Verlustantizipation 147
 vorgeleistete Einlagen als aktuelles Fremdkapital 268
 wirtschaftliches Eigentum 148; 304
- Potentielltes Fremdkapital, Bilanzierung** 153ff.
 Abgrenzung zum aktuellen Fremdkapital, Realisationsprinzip 154f.
 Aufwandsantizipation 153
 Ausschüttungssperreffunktion 154
 Drohverlustrückstellungen 153f.
 Gewährleistungsrückstellungen 154
 Imparitätsprinzip 153
 Nettoausweis 153f.; 169
 Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften 153
 transitorischer Rechnungsabgrenzungsposten 153
 Verbindlichkeitsrückstellungen 154
 Verlustantizipation 153
- Potentielltes Kapital** 101 *siehe* auch aktuelles Kapital
 aufgrund schwebender Geschäfte 101ff.
 nach statischer/dynamischer Bilanzauffassung 101ff.
 und Rechnungsabgrenzung 101f.
- pre-emption rights** *siehe* Aktien
- Principal-Agent-Doktrin** 65ff. *siehe* auch Kapitalnutzung, Optimierungsstrategien
- private companies** 15; 17
- Prospekthaftung** 46 *siehe* auch haftungsrechtlicher Anlegerschutz
 Kausalitätserfordernis 431
 vor Prospektveröffentlichung 431
- Prüfungsbericht**
 als Gegenstand der Publizität 444f.
- public companies** 15; 17
- Publizität, Arten** 396f.
 Ad hoc-Publizität 401ff.; 448ff.
 Allgemeinpublizität 396
 Anlagepublizität 71; 81; 396
 Börsenzulassungspublizität 397
 Emissionspublizität 397
 Handelspublizität 401ff.
 Individual- und Allgemeinpublizität 43
 Individualpublizität 396
 Kontrollpublizität 81
 Marktpublizität 41ff.; 396; *siehe* auch dort
 Unternehmenspublizität 40ff.; 396; *siehe* auch dort
 Zwischenberichterstattung 401f.
- Publizitätsrichtlinie** 17; 40
- Put** *siehe* Optionen
- Put Option** *siehe* Kündigungsrecht
- Quotenaktie** *siehe* Aktien, nennwertlose
- Rangrücktrittsvereinbarungen** 180 *siehe* auch Typologie der Kapitalwertermittlung
 im Jahresabschluß 231
 im Überschuldungsstatus 231
 in der Rechnungslegung während des Insolvenzverfahrens 231
 und Bankbilanz 181
 und Gläubigergleichbehandlung, Pari-Passu-Grundsatz 180f.
 zum Zwecke der Sanierung *siehe* dort
- Ranking** 76
- Rating** 76; 86

- Realisationsprinzip** 301 *siehe* auch potentielles Eigenkapital, Bilanzierung
Realisationszeitpunkt 301ff.
- Rechenschaftslegung** 81 *siehe* auch Information
- Rechnungsabgrenzungsposten**
Abgrenzungsfragen 102
antizipativer – 101
transitorischer – 102
- Rechnungslegung**
als Grundlage der Unternehmenspublizität 40f.
als Teil der Anlagepublizität 71ff.
als Teil der Marktpublizität 41ff.
Einfluß auf die Kurswertentwicklung 71ff.
Gestaltungs- und Aufklärungsfunktion 40f.; 80ff.
Informationseffizienz der – 71ff.
Jahresabschluß *siehe* dort
Vergangenheitsbezug 72ff.
- Renditeziele** 32ff. *siehe* auch Rentabilitätsziele
- Rentabilitätskennziffern**
als Grundlage der Ergebnisermittlung 203ff.
Eigenkapitalrentabilität, Verhältnis zur Gesamrentabilität 203f.
Gesamtkapitalrentabilität 204f.
Umsatzrentabilität 205
- Rentabilitätsziele** 32ff. *siehe* auch Renditeziele
- Rentenpapiere** *siehe* Anleihen
- Retailed Caps** *siehe* Anleihen mit Zinsdeckel
- Retailed Floors** *siehe* Anleihen mit Mindestverzinsung
- Risiken des Anlegers** 26f.
Abwicklungs- und Verwaltungsrisiko 27ff.
Anlagerisiken 27ff.
Entscheidungsrisiken 27ff.
Informationsrisiko 27ff.
Interessenvertretungsrisiko 27ff.
Konditionenrisiko 27ff.
Substanzerhaltungsrisiko 27ff.
- Risikoallokation** 36
- Risikokapital** 19
- Rückstellungen** 101; 185; 208 *siehe* auch Fremdkapital, passivischer Ausweis, ferner bei den einzelnen Rückstellungsarten
- Rückzahlungsagio**
Bilanzierung nach der Nettomethode, Abgrenzung zum Disagio 243f.; 248
und Wertzuwachsvergütung, Abgrenzung 243f.
- Sanierung**
durch Ausgabe von Besserungsscheinen, Abgrenzung zum Genußschein 309ff.
durch Ausgabe von Genußscheiden, Abgrenzung zum Besserungsschein 309f.
mit Hilfe potentiellen Eigenkapitals 309
Rangrücktrittsvereinbarungen 309ff.
- Sanierungskapital** 240; 242f. *siehe* auch Besserungskapital
- Scheingewinne**
durch Preissteigerungen 81ff.
Freigabe zur Ausschüttung 103
- Schuldverschreibungsgesetz** 41
- Schütt-aus-hol-zurück-Prinzip** 60ff.
- Schutzgesetze i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB**
§§ 31f. WpHG als – 47
- schwebende Geschäfte** 92, 301ff.
als Grundlage potentiellen Eigenkapitals 145ff.
Beendigung des Schwebezustands durch Leistung 301ff.
Bilanzneutralität 301ff.
Dienstleistungen aufgrund – 305
Genußrechte ohne Einlage 306
im weiteren und im engeren Sinn 301
Netto- oder Bruttoausweis 101ff.
Nutzungsrechte, dingliche und schuldrechtliche 303ff.
und Investitionsgeschäfte, Abgrenzungsfragen 301ff.
- Securities and Investment Board** 401
- Securitization**
Disintermediation 38
Geldmarkt – 21
Wertschriften – 20
- SIB** *siehe* Securities and Investment Board
- Sicherheiten**
Erläuterungen im Anhang 285
Fixed Charges 284f.
Floating Charges 284f.
Garantien 284
Pfandrechte 284f.
Tilgungsfonds 286
Trust 285f.
Zweckbindung von Anleihemitteln 285
- Sicherungsgeschäfte** 325ff. *siehe* auch Hedging
Abgrenzung von Spekulationsgeschäften 325ff.
Deckungsfähigkeit 336ff.
Direktgeschäfte 327
Direktgeschäfte, Bilanzierung 335ff.
Garantiegeschäfte, Bilanzierung 378f.
gegen Liquiditätsrisiken 279f.

- Handelbarkeit 25f.
Hedge-Accounting als erlaubte Ausnahme vom Imparitätsprinzip 211ff.
Hedge-Accounting nach dem Festwertverfahren 212f.; 335ff.; 348f.; 372f.
Hedge-Accounting nach der Marktwertmethode 212ff.; 335ff.; 349; 372f.
Liability-Swap 279f.
Liquiditäts-Swap 279f.
Optionen, Bilanzierung 372ff.
Optionsgeschäfte 327f.
Risikokompensation und Risikostreuung 341
Risikokompensation, Abgrenzung zur Wertkompensation 211ff.
Risikokompensation, horizontale und vertikale 209ff.; 335ff.; 372ff.
Sicherungsstrategien 326f.
Swappeschäfte 327
Swappeschäfte, Bilanzierung 348ff.
termingeschäftlicher Charakter der – 328
und glattstellendes Gegengeschäft 25
und zugehörige Grundgeschäfte 211f.
Wertkompensation 211ff.
- Solvabilitätskoeffizienten-Richtlinie** 52
- Spekulation** 24f.
- Spekulationsgeschäfte** 325ff.
Abgrenzung von Sicherungsgeschäften 325ff.
Direktgeschäfte 327
Direktgeschäfte, Bilanzierung 331ff.
Handelbarkeit 25f.
Hebeleffekt 24f.
Optionsgeschäfte 327
Optionsgeschäfte, Bilanzierung 366ff.
Spekulationsstrategien 325
Swappeschäfte 327
Swappeschäfte, Bilanzierung 346ff.
termingeschäftlicher Charakter der – 328
- Split Accounting** 172f.; 180
- Splittingmethode** *siehe* Split Accounting
- Spread** 219 *siehe* auch Zinsaufschlag
als Vergütung zusätzlicher Risiken 229ff.
Bildung einer Drohverlustrückstellung 219
- Stetigkeitsprinzip**
Effizienzbetrachtung 110f.
- Steuerbilanz**
und Handelsbilanz, Maßgeblichkeit 125; 127
- Stille Reserven**
als Gegenstand der Emissionspublizität 442ff.
als Insiderfakten 463
- Begriff 122
Erläuterungspflicht im Anhang 127f.
Währungs- Optionscheine 359f.
und Ad hoc-Publizität 452
und Anlageberatung 458
und Handelspublizität 452
- Stille Rücklagen** *siehe* stille Reserven
- Stripped Caps** *siehe* Anleihen mit Zinsdeckel, *siehe* auch Garantiegeschäfte
- Stripped Floors** *siehe* Anleihen mit Mindestverzinsung; *siehe* auch Garantiegeschäfte
- Stripping** 380f.
Bondstripping 381
Dividendenstripping 381
- Strukturrichtlinie** 29; 260f.
Kompetenzen der Hauptversammlung 39
- Stückaktie** *siehe* Aktien, nennwertlose
- Subordinated Debentures** 180 *siehe* auch Typologie der Kapitalwertermittlung, Rangrücktrittsvereinbarungen
- Substanzerhaltung** *siehe* Kapitalerhaltung
- Swappeschäfte** 316ff., 342ff. *siehe* auch kombinierte Kapitalpositionen als Börsentermingeschäfte 344
Asset Swaps 342ff.
Ausfallrisiko 315
Basis Swaps 324
Bilanzierung: Brutto- oder Nettoausweis 316ff.
Clearing 313f.
Cross Currency Interest Rate Swaps 348
Cross Currency Swap 320ff.
Deportgeschäft 316
Devisenswap 312ff.; 316ff.
Differenzeinwand 344ff.
Floating to Fixed Swap 344
in der Bankbilanz 317ff.
in der Insolvenz 314ff.
Interest Rate Swaps 323ff.
kombinierte Zins- und Währungsswaps 348
Liability Swap 222; 342ff.
Markt- oder Mismatch-Risiko 314
Marktreife, fehlende 313; 343
Musterverträge 314
positionssichernde –, Bilanzierung 348ff.
positionssichernde –, Deckungsfähigkeit 349f.
Reportgeschäft 316
spekulative –, Bilanzierung 346ff.
spekulative –, Abgrenzung zum Arbitragegeschäft 347f.
Swapderivate 345f.

- Swapsatz 316
synthetische Zinsverpflichtungen mit Hilfe von – 348f.
und Back-to-Back-Loans 311; 318f.
und Differenzzinwand 344
und Kapitalanlagegeschäfte, Unterschiede 314ff.
Währungsswap 312ff.; 320ff.
Warehousing 313
Zinsswap 312ff.; 323ff.
zu Arbitragezwecken, Merkmale 311ff.
- Swappeschäfte, Arten**
Liability-Swap 210; 279f.
Liquiditäts-Swap 279f.
- Termingeschäfte** *siehe* auch Finanzprodukte
Abwicklung im Clearing-System 331f.
als Differenzgeschäfte 329f.
Begriff 321
Börsterminhandel, Clearing-Funktion 329
Differenzzinwand 330f.
Spieleinwand 330f.
Termineinwand 330
und Zeitgeschäfte, Unterschiede 321f.
- Terminkontrakte** *siehe* Direktgeschäfte
tfv-Postulat 112 *siehe* true and fair view
Thesaurierungsverbote 61ff.
Tomberger-Entscheidung des EuGH 149
Trading *siehe* Spekulation
true and fair view 106ff. *siehe* auch Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Wahrheitsgrundsatz 106
- Trust** *siehe* Sicherheiten
- Typologie der befristeten Kapitalüberlassung** 277ff.
Amortisationsdauer, Maßgeblichkeit für Dauer der Kapitalbindung 277f.
annuitätische Tilgung 282
außerplanmäßige Tilgung 283
Bilanzierungseinheiten, zeitliche 278ff.
Bilanzierungseinheiten, Zusammenfassung von Aktiven und Passiven 281f.
gesamtfälliges Kapital 282
Investitions- und Finanzierungsentscheidungen, Maßgeblichkeit für Dauer der Kapitalbindung 277f.
Laufzeitvereinbarungen 277f.
Ratentilgung 282
Sicherheiten, Offenlegung im Jahresabschluß 281f.
zweckgebundene Mittel, Offenlegung im Jahresabschluß 281
- Typologie der effektiven Kapitalwertermittlung** 188ff.
Eigenkapitalvarianten, formelle Vor- oder Nachteile 188ff.
Ergebnisermittlung, Einbeziehung unternehmensfremder Erfolgsgrößen 194f.
Ergebnisermittlung, Einbeziehung kalkulatorischer Kosten und Leistungen 194
Ergebnisermittlung, Kopplung an das Konzernergebnis 194f.; 205f.
Ergebnisermittlung, Kopplung an den Cash Flow 194
Ergebnisermittlung, Art und Weise der – 193ff.
Ergebnisverteilung, Art und Weise der – 193ff.
Ergebnisverteilung, prioritätische Dividende 195
Ergebnisverteilung, Überdividende 195
nominelles Eigenkapital 189
Prinzip der linearen Ergebnisbeteiligung 189
progressive Ergebnisbeteiligung bei unterschiedlichen Effektivwerten 190
Verwässerungsschutz 189
- Typologie der Kapitalüberlassungsdauer** 232ff.
Disagio 247
gestufte Verzinsung 245
kontinuierliche Verzinsung 245
korporative Stimmrechte 238
Mischtypen, absolute oder relative Methode der bilanziellen Zuordnung 234ff.
Rückzahlungssagio *siehe* dort
verdeckter Zinsanteil 243f.
Kündigungsrechte 238ff.
Zins, thesaurierter 245f.
- Typologie der Kapitalwertermittlung** 162ff.; 169ff.; 173ff.
Beteiligung am Liquidationserlös 174f.
Dividendengarantie 177
Eigen- und Fremdkapital, formalrechtliche Abgrenzung 162f.
Eigen- und Fremdkapital, Mischtypen im Bankenaufsichtsrecht 169f.
gewinnabhängige Kapitalvergütung 176ff.
gewinnorientierte Kapitalvergütung 176f.
Höchstbetragsdividende 177
Mindestverzinsung 176f.
Mischtypen, absolute oder relative Methode der bilanziellen Zuordnung 170ff.
Mischtypen, besonderes Gewicht der Verlustbeteiligung 173f.
Rangrücktrittsvereinbarungen 180ff.

- Split Accounting *siehe* dort
 Vorzugsrechte, limitierte 176f.
 Vorzugsrechte, kumulative 177ff.
 Vorzugsrechte, unlimitierte 176
- Typologie der nominellen Kapitalwertermittlung** 207ff.
 Aufgeld 207
 Begebungsagio 207
 Disagio 207
 Fremdkapitalvarianten, formelle Vor- oder Nachteile 207ff.
 Rangrücktrittsvereinbarungen 231
 Trigger Rate 230
 Wertänderungschancen und -risiken, Entgeltzusammenhänge 208
 Zinsab- oder aufschläge 207
- Typologie der unbefristeten Kapitalüberlassung** 249ff.
 Amortisationsdauer, Maßgeblichkeit für Dauer der Kapitalbindung 250f.
 Investitions- und Finanzierungsentscheidungen, Maßgeblichkeit für Dauer der Kapitalbindung 250f.; 266ff.
- typologische Ordnung** *siehe* Kapitaltypologie
- Überschuldung** *siehe* Fremdkapital, Vermögensbewertung
- Überschuldungsstatus** 136ff.
 Abwicklungs- und Sanierungsziele 137ff.
 Ansatz von Liquidationswerten 138
 Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes, Aktivierung im – 140
 Break-Up-Prinzip 136ff.
 Entmachtung des Managements 137f.
 Forschungs- und Entwicklungskosten, Aktivierung im – 140
 Fortbestehensprognose 138
 Fortschreibung der regulären Wertansätze 138
 Gläubigerselbstverwaltung 137f.
 Going Concern-Prämisse 136ff.
 aktiver Rechnungsabgrenzungsposten, Aktivierung im – 140
 originäre Immaterialrechte, Aktivierung im – 140
 Konkursverschleppung 139ff.
 nachrangiges Fremdkapital im – 182f.; 231
 Überschuldung, rechnerische und rechtliche 138ff.
 vergangenheits- oder zukunftsorientierter – 139f.
 Zerschlagungswerte 136ff.
- Unternehmenspublizität**
 als Teilziel der Anlagepublizität 56
 als Teilziel der Kontrollpublizität 56
 Anlagepublizität als Teilziel der – 89
 Kontrollpublizität als Teilziel der – 89
 zum Abbau von Informationsungleichgewichten 71ff.
- Valorismus** 82f.
- Verbindlichkeiten** *siehe* Fremdkapital, passivischer Ausweis
- Verkaufsprospekt-Richtlinie** 16
- Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** 106ff.
 als Status der Vermögenslage 107
 als Status des Reinvermögens 107f.
 Ertragslage als Ergebnis der Vermögens- und Finanzentwicklung 109
 Finanzlage als Status des Fremdkapitals 107ff.
 Informationsadressaten 106ff.
 Informationsbedürfnisse 106ff.
- Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Kapitalmarktrecht** 409ff. *siehe* auch Wahrheitsgrundsatz, kapitalmarktrechtlicher
 Ad hoc-Publizität 419
 Anlagemerkmale, Beschreibung der – 416ff.
 Betriebsabrechnung, keine Offenlegung 414f.
 Bewertungsregeln, Unterschiede zum Bilanzrecht 411f.
 Eigenkapital, Angaben über das – 412f.
 Ertragslage, Offenlegung der – 413f.
 Finanzlage, Offenlegung der – 413
 Geschäftsrisiko, Offenlegung 415f.
 Handelspublizität 418f.
 Kapitalflußrechnung 414
 Plandaten 416
 Rechte des Wertpapierinhabers, Beschreibung der – 417f.
 Schwebende Geschäfte, Offenlegung der – 414f.
 stille Reserven, keine Offenlegung 410f. und bilanzrechtliche Generalklausel, Unterschiede 409ff.
 Zwischenberichterstattung 419
- Vermögenserhaltung** *siehe* Kapitalerhaltung
- Vermögensorientierter Anlegerschutz, Instrumente** 39ff.
 Publizität 40f.
 Rechnungslegung 40f.

- Vermögensorientierter Anlegerschutz, Regelungsstrategien**
 Marktverhinderungsstrategie 47
 Risikoentlastung durch Abbau von Macht- und Informationsasymmetrien 36ff.; 60ff.
 Risikoumverteilung zum Zwecke optimaler Risikoallokation 36ff.
 Risikovermeidung durch Errichtung institutioneller Schranken 36ff.
- Vermögensstrukturen** 76ff.
 Darstellung in der Bilanz 108f.
 Geschäftsrisiko 76
 Informatorischer Wert für die Kapitalgeber 108f.
 prospektiv-dynamische – 92
 Regeln über die Mittelverwendung 69
 und variable Eigenkapitalfonds 88
 Vermögenserhaltung 69
- Verschuldungsgrad**
 Darstellung in der Bilanz 109
- Vorrangprinzip**
 angelsächsisches- und deutsches Abkoppelungsmodell 114ff.
- Vorsichtsprinzip** 121ff.
 Verhältnis zum Matching Principle 122
- Vorzugsaktien** 176ff. *siehe* auch Typologie der Kapitalwertermittlung, *siehe* auch Aktien
 eingeschränkte Verlustbeteiligungen 200
 fremdkapitaltypische –, Bilanzierung als Eigenkapital 179f.; 241f.
 gewinnabhängige Dividende 177
 kumulative – 241
 kumulativer Charakter des Vorzugsrechts 177f.
 Nachzahlungsrecht, gesetzliches 177f.
 Stimmrecht bei Änderung des Grundkapitals 238
 Überdividende, Unzulässigkeit 201
 Verwässerungsschutz bei Kapitalerhöhung 253
 Wiederaufleben des Stimmrechts in Verlustperioden 271
- Wahlrechte**
 des Bilanzierungspflichtigen 112
 nationale – 112f.
- Wahrheitsgrundsatz** 109ff.
 Abkopplungs- und Dominanzthesen 115f.
 als overriding principle 112f.
 Einblicksgebot und Vergleichbarkeitspostulat, Zielkonflikte 110ff.
 für Kreditinstitute 113
 im Abwicklungsstadium 218
 Markttransparenz durch Vergleichbarkeit 107
 Objekttransparenz durch Einblicksgebot 107
 Verhältnis zu den GoB 115f.
 Vorrangprinzip nach britischem Recht 116ff.
- Wahrheitsgrundsatz, kapitalmarktrechtlicher**
 „Beton- und Monierbau“ – Entscheidung des BGH 420ff.
 Tatsachen und Werturteile 419ff.
 und Anlagevermittlung 422f.
 und Prüfungsergebnisse Dritter 422f.
 Verhältnis zum bilanzrechtlichen Wahrheitsgrundsatz 421f.; 436
- Warrants** *siehe* Optionsscheine
- Wertpapierbedingungen**
 AGB-Kontrolle 48ff.
- Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie** 16
- Wertpapierzulassungs-Richtlinie** 16; 21
- Wirtschaftliches Eigentum** *siehe* potentielles Eigenkapital, Bilanzierung
- Wohlverhaltensregeln** 16; 47
- Yellow Book** 397ff.
- Zahlungsstromanalysen**
 als Alternative zur retrospektiven Rechnungslegung 73f.
- Zeitgeschäfte** 298 *siehe* auch Finanzprodukte
 Begriff, Unterschiede zum Termingeschäft 322
- Zinsab- oder aufschläge** *siehe* Spread
- Zinsaufschlag**
 Bildung einer Drohverlustrückstellung 207
- Zinsausgleichsgarantien** *siehe* Garantiegeschäfte
- Zwangsrücklagen** 133

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Drexl, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ›sonstiges‹ Recht. 1996. *Band 17*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Möllers, Thomas M.J.*: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18*.
- Muscheler, Karlheinz*: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5*.
- Oechsler, Jürgen*: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21*.
- Oetker, Hartmut*: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9*.
- Oppermann, Bernd H.*: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3*.
- Peters, Frank*: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1*.
- Reiff, Peter*: Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19*.
- Rohe, Mathias*: Netzverträge. 1998. *Band 23*.
- Saenger, Ingo*: Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27*.
- Stadler, Astrid*: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15*.
- Taeger, Jürgen*: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13*.
- Trunck, Alexander*: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28*.
- Wagner, Gerhard*: Prozeßverträge. 1998. *Band 33*.
- Waltermann, Raimund*: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gern von Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck

